



Schattenbericht:

Armut in Deutschland

Menschenbilder | Schattenbilder | Zukunftsbilder

nak

D

Einführung

Der Schattenbericht wurde in einer gemeinsamen Schreibgruppe von Menschen mit Armutserfahrung und Aktiven aus Organisationen und Verbänden erarbeitet. Er bündelt die Sicht von Menschen mit Armutserfahrung auf dieses Thema und ihre Erfahrungen.

Mit dem Schattenbericht liegt eine Darstellung vor, was Armut in Deutschland bedeutet und wie sie erlebt wird. Der Bericht möchte aufklären und erklären. Die Debatte über Armut und den Bezug von existenzsichernden Leistungen ist in den letzten Monaten hochgekocht und durch Unsachlichkeit geprägt. Dieser Bericht soll der aufgeheizten Stimmung eine klare und nüchterne Darstellung gegenüberstellen.

Armut ist ein strukturelles Problem. Menschen werden oder sind arm, weil die Gesellschaft ihre Möglichkeiten zur Überwindung von Armut nicht ausschöpft. In Armut Leben fehlen die Ermutigung und die Möglichkeiten, selbstbestimmt eigene Wege zu gehen.

Eine lebendige Demokratie wirkt Extremismus aktiv entgegen. Sie ermöglicht Menschen, sich zu beteiligen und in der Gesellschaft mitzuwirken. Dieser Bericht möchte Bürger:innen, Politiker:innen, Journalist:innen und alle Interessierten motivieren, sich dafür einzusetzen, dass dies gelingt.

Ohne eine Sozialpolitik, die Armut entschieden überwinden möchte, wäre die Demokratie jederzeit in Gefahr.

Berlin, 15. Januar 2025

*Armut ist soziale Ausgrenzung. Menschen mit Armutserfahrung fordern Respekt.
© Arthur Yetin auf Unsplash*



Inhalt

1. Die soziale Situation in Deutschland: Überblick	6	6. Existenzminimum und Existenzsicherung	24
• Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland: die wichtigsten Daten (Bezugsjahr 2022)	6	• Bürgergeld-Diskussion, Diskriminierung, Leistungsprinzip	25
• Armut in Deutschland	9	• Leben am Existenzminimum	25
• Studien: Armut und mangelnde demokratische Beteiligungsmöglichkeiten	10	• Zugänge	26
• Die Nationale Armutskonferenz schlägt vor	11	• Digitalisierung	27
2. Armut und Reichtum als Lebenserfahrung	12	• Einsamkeit	28
• In Armut oder Reichtum geraten	12	• Sozialer Aufstieg	29
• Ausgrenzung und Stigmatisierung	14	• Zuverdienst	29
3. Kinder- und Familienarmut	16	• Mobilität	29
• Armut in Kindheit und Jugend: statistische Daten	16	7. Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot	30
• Armut als Familiengeschichte	17	• Wohnen und gesellschaftliche Ungleichheit	30
• Kinderarmut	18	• Vorschläge zur Überwindung der Wohnungsnot	30
4. Armut im Alter	20	8. Armut, Krankheit, Gesundheit	33
• Der demografische Wandel als gesellschaftliches Thema	20	• Gesundheit und sozialer Status	33
• Altersarmut, Grundsicherung, Pflege und Krankheit	21	• Familien und Gesundheit	33
5. Gesellschaftliche Krisen und Transformationsprozesse	22	• Armut macht krank	33
• Krise ist das neue „Normal“	22	• Ökologie und Gesundheit	34
• Von Krisen zu Transformationsprozessen: sozialökologische Transformation	23	• Studienergebnisse zu Gesundheitsrisiken und sozialen Folgen von Krankheiten	35
		• Die Nationale Armutskonferenz schlägt vor	36
		9. Strukturen gegen Armut	38
		• Gute Lebensbedingungen für alle	38
		• Beratung nach Qualitätsstandards	38
		• Anforderungen an ein verlässliches und wirksames Sozialsystem	39
		10. Beteiligung statt Ohnmacht	40
		• Expert:inneninterviews zum Schattenbericht	41
		– Marcel Fratzscher, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	41
		– Aktive aus der Erwerbsloseninitiative „BASTA!“	44
		– Project.Shelter	46
		Impressum	50



Schattenbilder auf dem
Tempelhofer Feld in Berlin
© Diakonie Deutschland

1. Die soziale Situation in Deutschland: Überblick

Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland: die wichtigsten Daten (Bezugsjahr 2022)

Die folgende Darstellung stellt die wichtigsten Daten für Deutschland aus der Europäischen Vergleichsstatistik EU-SILC zur Situation im Jahr 2022 zusammen, die 2023 erhoben und 2024 veröffentlicht wurden.

Zentrale Erkenntnisse

17,7 Millionen Menschen sind von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Das ist mehr als ein Fünftel der Bevölkerung. Hier sind neben einkommensarmen Personen auch diejenigen erfasst, die weitere Kriterien erfüllen, etwa übermäßig verschuldet sind, laufende Ausgaben nicht decken können (zum Beispiel wegen zu hoher Miete), sich nicht regelmäßig gehaltvolle warme Mahlzeiten leisten können oder im Falle unvorhergesehener Ausgaben – etwa aus gesundheitlichen Gründen oder für Reparaturen – diese nicht decken können.

Quelle: www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/04/PD24_147_63.html

Jede siebte Person (14,5 Prozent) ist einkommensarm (nach Definition der EU-Statistik „armutsgefährdet“) und verfügt über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens.

6,9 Prozent der Bevölkerung oder 5,7 Millionen Menschen in Deutschland waren im Jahr 2022 von erheblicher materieller und sozialer Entbehrung betroffen.

Details zu Armutsgefährdung/Einkommensarmut:

Bei Allein- und getrennt Erziehenden, Alleinstehenden und Familien mit drei und mehr Kindern sind die Zahlen sehr hoch, bei gemeinsam Erziehenden mit nicht mehr als zwei Kindern sehr niedrig. Frauen sind stärker betroffen als Männer, insbesondere von der steigenden Altersarmut, die mittlerweile auch überdurchschnittlich ist.

Zum Vergleich: Armutsgefährdet sind 14,4 Prozent im Gesamtdurchschnitt, im Durchschnitt 14 Prozent der unter 18-Jährigen. Das Armutsrisiko verteilt sich sehr unterschiedlich. Nicht „die“ Kinderarmut oder „die“ Altersarmut sind gleichmäßig hoch, sondern dies gilt für bestimmte Konstellationen.

Armutrisiko nach Bildungsstand und Erwerbsstatus:

- 6,6 Prozent der Erwerbstätigen
- 25 Prozent der Nichterwerbstätigen
- 46,5 Prozent der Arbeitslosen
- 18,3 Prozent der Menschen im Ruhestand
- 25,7 Prozent bei niedrigem
- 13,8 Prozent bei mittlerem und nur
- 7,8 Prozent bei hohem Bildungsstand



Ohne Kultur keine Begegnung –
öffentliche Kunst in Berlin
© Monja Ben Messaoud / Armut verbindet

Die Datengrundlage:

Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Das sind bei Alleinstehenden im Bezugsjahr 2022 weniger als 15.765 Euro Einkünfte im Jahr, unter Einschluss eventueller Sozialleistungen; bei zwei Erwachsenen mit zwei Kindern im Haushalt sind es 33.106 Euro.

Die zitierten Zahlen sind der Statistik „EU-SILC“ entnommen, die auf einer Auswertung des Mikrozensus basiert und dabei europäischen Vergleichsmaßstäben folgt. Die Teilnahme am Mikrozensus ist für die Ausgewählten verpflichtend. Die Daten stammen aus EU-SILC 2024, die Daten aus dem Erhebungsjahr 2023 auswerten. In der Befragung 2023 wurde der jeweilige Status der Personen im Vorjahr, also 2022, erhoben (daher hier dargestellt: Bezugsjahr 2022).

Der Gesamtüberblick der Daten zu Armutsgefährdung/Einkommensarmut nach EU-SILC ist hier zu finden:

www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefahrdung/_inhalt.html#250422



Diskussion und Austausch
auf dem Treffen der
Menschen mit Armuts-
erfahrung 2024
© Benjamin Sauer /
Diakonie Deutschland

Armutsgefährdung nach Geschlecht und Haushaltstyp (im Jahr 2022):

Getrennt Erziehende:

23,7 Prozent der Alleinerziehenden-Haushalte, davon sind über 80 Prozent Frauen
26,4 Prozent der Alleinlebenden, viele davon mit Kindern, die nur tageweise zu Besuch sind

Armut und Geschlecht; der Unterschied steigt mit dem Lebensalter:

15,1 Prozent der Frauen; ab 65 Jahren leben 20,6 Prozent in Altersarmut
13,7 Prozent der Männer, ab 65 Jahren leben 15,7 Prozent in Altersarmut

Familien mit zwei zusammenlebenden Eltern und Kindern:

8,6 Prozent mit einem Kind
8,2 Prozent mit zwei Kindern
22,7 Prozent mit drei und mehr Kindern

(Daten: EU-SILC)

Die Statistiken zeigen, dass soziale Benachteiligung, Armut und soziale Ausgrenzung in hohem Maße geschlechtsspezifisch bestimmt sind. Dies hängt mit Fehlsteuerungen in der Familienförderung und überkommenen Rollenmodellen zusammen. Wenig Einkünfte durch Teilzeitbeschäftigung, berufliche Unsicherheit durch fehlende Kinderbetreuungsangebote, steuerliche Förderung des „Ernährermodells“ mit der Folge von Armut nach Trennung und geringe Anwartschaften (das heißt erworbene Ansprüche) auf Altersvorsorge führen zu einer deutlich höheren Armutsgefährdung von Frauen, die mit dem Lebensalter steigt.

www.nationale-armutskonferenz.de/wp-content/uploads/2017/11/NAK_Armutsrisiko-Geschlecht.pdf
www.diakonie.de/informieren/infothek/2021/dezember/armut-und-geschlecht

Rassismus verstärkt Armutsgefährdung

Der Kurzbericht des „Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors“ (NaDiRa) liefert ergänzende Ergebnisse. Menschen, die von anderen rassistisch markiert werden, haben ebenfalls ein deutlich höheres Armutsrisiko. Dies wurde für Schwarze, asiatische und muslimische Menschen in einer 2022 durchgeführten Befragung nachgewiesen.

Demnach liegt die Armutsgefährdungsquote bei nicht rassistisch markierten Männern bei 9 Prozent, bei nicht rassistisch markierten Frauen beträgt sie 10 Prozent.

Dagegen sind 26 Prozent der Schwarzen Männer und Frauen, 30 Prozent beziehungsweise 26 Prozent der asiatischen Männer und Frauen sowie 41 Prozent beziehungsweise 38 Prozent der muslimischen Männer und Frauen armutsgefährdet.

Die Gefahr, trotz Vollzeitbeschäftigung unter der Armutsschwelle zu leben, ist bei Schwarzen Frauen (22 Prozent), muslimischen Männern (21 Prozent) und asiatischen Männern (19 Prozent) etwa viermal so hoch bei nicht rassistisch markierten Männern und Frauen (5 Prozent).



Straßenkunst in Berlin
© Monja Ben Messaoud / Armut verbindet

Zum Vergleich: 2022 waren – wie weiter oben dargestellt – durchschnittlich 14,5 Prozent aller Menschen in Deutschland armutsgefährdet.

Weitere Informationen:

www.rassismusmonitor.de/publikationen/rassismus-und-armutsgefahrdung

Ein Bericht aus dem „Project.Shelter“: „Wenn man ohne eine unbefristete Arbeitserlaubnis hierherkommt, dann verlangt die Ausländerbehörde, dass man gleichzeitig eine Arbeitserlaubnis und eine Meldeadresse mitbringen muss. Niemand in Deutschland wird dir sein Haus vermieten, wenn du keine Arbeit hast. Niemand wird dir Arbeit geben, wenn du keine Wohnadresse hast. (...) Hinzu kommt, dass geprüft wird, ob es einen anderen Deutschen gibt, der die Arbeit machen könnte. Deswegen bekommt man sehr prekäre Jobs in Hotels, Restaurants oder Krankenhäusern. Was ich vorhin versucht habe zu erwähnen, ist, dass die Leute in der Regel in Unternehmen hängen bleiben, die sehr schlechte Arbeitsbedingungen bieten. Sie wissen, dass du von ihnen abhängig bist, sie beuten dich aus und geben dir keinen Urlaub. (...) Um nicht von der Abschiebung bedroht zu sein oder die meisten Rechte zu verlieren, muss man mindestens zwölf Monate in einem Job bleiben, ohne den Arbeitsplatz zu wechseln oder rausgeworfen zu werden. Das bringt sie in eine sehr verletzliche Position, denn die Unternehmen wissen das.“

Armut in Deutschland

Armut bedeutet: Was für andere Menschen normal ist, steht nicht zur Verfügung – gesunde Ernährung, eine im Winter warme und im Sommer kühle Wohnung, Medieninformationen, gute Kleidung, Online-Zugänge, Bildungsmöglichkeiten.

Wer Mangel leidet und Schulden machen muss, kommt in eine Überschuldungsspirale. Das zeigt zum Beispiel die alle fünf Jahre stattfindende Einkommens- und Verbrauchsstichprobe: Das nach Einkommen untere Fünftel der Haushalte gibt mehr Geld aus, als es einnimmt, und kann trotzdem notwendige Ausgaben nicht decken.

Andere Menschen finden niemanden, der ihnen Geld leiht, haben schon längst einen negativen Schufa-Eintrag und bei der Bank keinen Dispositionskredit, mit dem sie kurzfristig Lücken ausgleichen können. Oder sie haben nicht einmal ein Bankkonto. Wer wohnungslos ist, hat besondere Schwierigkeiten, an ein Bankkonto zu kommen – und wenn, dann gibt es das nur auf Guthabenbasis.

Menschen mit Armutserfahrung berichten:

„Ich erinnere mich noch, als mein Konto auf Guthabenbasis lief. Da habe ich mir dann zwei Brötchen mit etwas Margarine gekauft und davon zwei Tage gelebt.“

„Ab dem ersten Tag SGB II kannst du keinen Cent mehr ins Minus gehen. Die Bank sagt: Die Leistung ist kein Geld.“

„Ich habe Angst, dass auch für Leistungsbeziehende im Bürgergeld die Bezahlkarte kommt und mir dann durch Sperrungen vorgeschrieben wird, was ich überhaupt kaufen darf. Das hat es ja in Amerika, in Wisconsin, schon längst gegeben.“

„Leben in Armut bedeutet, täglich bittere Entscheidungen treffen zu müssen: Brauche ich Hustensaft oder ist die Hose kaputt, muss ich auf Essen verzichten. Jeden Tag ausprobieren: Wo muss ich heute sparen? Was kann ich nicht kaufen, obwohl ich es dringend brauche? Das erschöpft und macht müde.“

Der Sozialstaat steht unter Beschuss. **Menschen**, die den gesellschaftlichen Leistungsnormen nicht entsprechen, **werden stigmatisiert**. Sparpolitik und die Fixierung auf die Schuldenbremse haben zu Kürzungen im sozialen Sektor geführt. Gleichzeitig bleiben Unternehmens- und Steuerentlastungen unangetastet. Leidtragende sind nicht nur Erwerblose. Kinder, prekär Beschäftigte und Menschen mit kleinen Renten erfahren zu wenig Unterstützung. **Die Förderung von Kindern und Jugendlichen wird als Kostenfaktor diskutiert, nicht als ihr Recht und eine Zukunftsinvestition**. Mit der Digitalisierung werden die Zugänge zu Sozialleistungen für Menschen, denen der Online-Anschluss fehlt, erschwert. Insgesamt ist der Zugang zu sozialen Leistungen kompliziert. Mehr als ein Drittel der Leistungsberechtigten nimmt nach Forschungen des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ sowie Studien der Verteilungsforscherin Irene Becker ihnen zustehende Leistungen nicht in Anspruch. Dabei spielt Unkenntnis eine große Rolle – aber auch Scham und Angst vor Bloßstellung.

Die Existenzsicherung für Arbeitsuchende sowie ihr geringes Einkommen aufstockende Personen und ihre Angehörigen soll das **Bürgergeld** leisten. Das Sozialgesetzbuch II behandelt die Hilfesuchenden aber weiterhin als **Objekte von Hilfen**. **Dabei sind sie Träger:innen sozialer Rechte und müssten als Subjekt ernst genommen werden**. Eine selbstbestimmte Gestaltung eigener Wege bei der Überwindung von Armut wird den Menschen nicht zugetraut. **Die vorsichtigen Verbesserungen**, die mit dem Inkrafttreten des **Bürgergeldes** rechtskräftig wurden, werden intensiv **angegriffen**. Dabei waren sie nicht sehr weitgehend. Sanktionen wurden auf das vom Bundesverfassungsgericht vorgeschriebene Maß begrenzt und Leistungsbeziehenden wurde mehr Würde im Umgang mit den Ämtern versprochen. Mittlerweile sind selbst diese vorsichtigen Anpassungen zurückgefahren worden.

Besonders von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen sind **Kinder und ihre Eltern in Trennungssituationen**. Das **Armutrisiko von Alleinerziehenden** (über 80 Prozent Frauen) ist deutlich höher als im gesellschaftlichen Durchschnitt.

Gleiches gilt für statistisch als **alleinstehend erfasste** Menschen, von denen viele in Trennungssituationen leben und versuchen, sich an der Erziehung zu beteiligen und den Kontakt zu ihren Kindern zu halten. Mehr als jede:r dritte Alleinerziehende ist auf ergänzende Grundsicherungsleistungen angewiesen. **Zusätzliche Hilfen für getrennt Erziehende, bei denen Kinder regelmäßig in zwei Haushalten leben, fehlen.** Dabei sind die Kosten hier höher: Bett, Spielzeug, Kleidung et cetera lassen sich nicht ständig tageweise mit dem Koffer hin- und hertransportieren. Auch der zusätzliche Wohnraumbedarf ist nicht gesichert.

Menschen mit Armutserfahrung erleben ihre Lage oft als strukturelle Gewalt. Sie erfahren ständig, in ihren Möglichkeiten eingeschränkt und nicht ernst genommen zu werden. Diese Erfahrungen wurden durch Pandemie und Inflation weiter verstärkt. Gewalterfahrungen potenzieren sich in sozialen Zusammenhängen, die von Armut geprägt sind. Die Reaktionen darauf sind oft hilflos bis autoritär: in der Schule, im behördlichen Umgang.



Wahlen auf dem Treffen der Menschen mit Armutserfahrung 2024
© Benjamin Sauer / Diakonie Deutschland

Studien: Armut und mangelnde demokratische Beteiligungsmöglichkeiten

Bei Wahlen lässt sich, wie die Armut- und Reichtumsberichte gezeigt haben, eine deutlich höhere Beteiligung der Besserverdienenden verzeichnen. Sie können erfolgreich Lobbyarbeit betreiben und leben in Wahlbezirken, die mehr Gehör finden und politisch stärker umworben werden:

Elsässer, Lea / Hense, Svenja / Schäfer, Armin (2016): *Systematisch verzerrte Entscheidungen?*

Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015.

www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Service/Studien/endbericht-systematisch-verzerrte-entscheidungen.html (abgerufen am 21.12.23)

Dies bestätigen Studien der „Neuen Arbeit Stuttgart“:

Denkfabrik-Forum für Menschen am Rande – Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH Stuttgart:

- „Gib mir was, was ich wählen kann.“ – Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/innen. Stuttgart 2017.
- Unerhört – Langzeitarbeitslose Nichtwähler melden sich zu Wort. Stuttgart 2019.

Die Nationale Armutskonferenz schlägt vor

- Armutsbekämpfung als konkretes und sicher finanziertes sozialstaatliches Ziel entwickeln
- Zugang zu sozialen Leistungen vereinfachen und entstigmatisieren
- Soziale Infrastrukturen verlässlich gestalten und finanzieren
- Soziale Investitionen in Bildung und Förderung von Kindern und Jugendlichen in der öffentlichen Haushaltsführung als ihr Recht und eine Zukunftsinvestition, nicht nur Ausgabe, werten
- Gezielte Hilfen für Eltern und Kinder nach Trennungen, die zusätzliche Bedarfe in beiden Haushalten berücksichtigen
- Respektvolle und zielgruppenspezifische soziale Unterstützungsangebote zur Überwindung von Benachteiligungs- und Diskriminierungsstrukturen sowie daraus resultierender (struktureller) Gewalt und aggressiven Reaktionen
- Verlässliche Weiterführung analoger/persönlicher Zugänge zum Leistungssystem
- Soziale Inklusion statt wirtschaftlicher Profitmaximierung als staatliches Handlungsziel

Menschen mit Armutserfahrung berichten im Gruppengespräch:

„Wir Menschen mit Armutserfahrung erleben ständig eine ausgeprägte Diffamierung. Die Mittelschicht wird in ihrer Angst vor sozialem Abstieg gegen die in Armut Lebenden ausgespielt. Ein markantes Beispiel hierfür ist eine irreführende Medienkampagne, viele Menschen würden aufgrund des Bürgergeldes plötzlich ihre Arbeitsplätze aufgeben. Dafür gibt es keine statistischen oder wissenschaftlichen Belege. Mit plakativ dargestellten Einzelfällen – das hätte jemand gehört – werden Aggressionen gegenüber den ohnehin Benachteiligten geschürt.“

„Arbeit um jeden Preis wird gefordert. Dabei bemühen sich Hunderttausende ständig um einen Zugang zum Arbeitsmarkt und erhalten keine Chance. Es gibt ein eindeutiges Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen Sanktionen, die ein Drittel des Regelsatzes überschreiten. Trotzdem werden solche Maßnahmen politisch erneut gefordert oder es wird gar die Einführung einer Arbeitspflicht diskutiert. Das ist nicht nur eine Missachtung von Menschen, sondern auch des obersten Gerichtes. Viele Menschen, die in Armut leben, verstecken sich aus Scham oder Angst vor Stigmatisierung. Sie trauen sich nicht, selbstbewusst ihre Rechte und Unterstützung einzufordern.“

„Menschen, die sich zum Mittelstand zählen, erleben aktuell Abstiegsängste. Sie haben sich zum Beispiel Immobilien gekauft und nun Schwierigkeiten, ihre Raten zu bezahlen. Dass diese Personen von steigenden Energiepreisen und Inflation betroffen sind, verstärkt auch ihre Abgrenzung ‚nach unten‘. Sie unterstellen, dass in Armut Lebende sich nicht kümmern, während Menschen mit mittleren Einkommen hart arbeiten würden, um die Krise zu überstehen. Das Lohnabstandsgebot wird hochgehalten. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht dieses schon 2010 aufgehoben. Es geht ja niemandem besser, nur weil es anderen noch schlechter geht. Sondern: Das Existenzminimum muss für alle Menschen sicher sein und Leistungen müssen unkompliziert in Anspruch genommen werden können. Wenn Menschen von Erwerbsarbeit nicht gut leben können, müssen Arbeitsbedingungen verbessert werden und Gehälter steigen. Deutschland hat den größten Niedriglohnsektor in Europa.“

„Im Kontext von Verlustängsten werden Menschen mit geringem Einkommen gerne instrumentalisiert und manipuliert. Ihnen wird untergejubelt, sie seien von Kürzungen betroffen, die eigentlich Haushalte mit höheren Einkommen treffen sollten. Ein Beispiel: die Debatte um die Einkommensgrenzen beim Elterngeld. Tatsächlich wären von diesen Kürzungen nicht einmal Haushalte mit mittleren und höheren Einkommen betroffen, sondern nur mit sehr hohen Einkommen. Dennoch wurden gerade Menschen mit relativ geringen Einkommen von Kampagnen erreicht, die zum Widerstand aufriefen.“

2. Armut und Reichtum als Lebenserfahrung

In Armut oder Reichtum geraten

Wer aus einer Familie mit guter finanzieller Ausstattung kommt und eine gute Ausbildung hat, wird weniger befürchten müssen, im Lebensverlauf seinen gewohnten Standard zu verlieren. Und auch im Fall einer persönlichen Krise gilt: Diese Menschen haben meist das nötige soziale und kulturelle Kapital erworben, um voranzukommen. Sie wissen, wie man die nötigen Beziehungen eingeht und welches Verhalten dabei erwartet wird. Wer mit wenig Chancen und geringem Familieneinkommen geboren wurde und wem solche Kenntnisse fehlen, hat in gleichem Maße nur wenig bis keine Möglichkeiten, seine Situation zu verbessern.

Im Rahmen des „6. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung“ beleuchtete eine Studie zur sozialen Mobilität diese Zusammenhänge: Aktuelle und vergangene Entwicklungen sozialer Mobilität im Lichte institutioneller und struktureller Rahmenbedingungen

- Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. (IAW)
- Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
- IZA Institute of Labor Economics, Bonn
- Prof. Dr. Martin Biewen, Universität Tübingen

www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Service/Studien/3-studie-iaw-iza.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Wer reich ist, wie es zu Reichtum kommt und wie dieser weitergegeben wird – dazu gibt es nur wenig Forschung. Die Suche nach Daten, wie sie etwa das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung versucht, gleicht einem Detektiveinsatz. Niemand ist verpflichtet, seine Vermögenswerte offenzulegen. Das DIW Berlin nimmt daher indirekte Schätzungen vor, für die etwa Einträge in Firmenregistern als Teilhaber:in Anhaltspunkte für weitere Recherchen bieten. Statistiken zu Erwerbseinkommen mit Sozialversicherungspflicht liegen vor, zu Vermögen und Höchsteinkommen aber kaum. Diese Menschen sind auch in statistischen Zufallserhebungen kaum anzutreffen.



Poesie und Engagement: Gisela Breuhaus steht für die Rechte der Vergessenen ein / © privat

Lesen Sie ihre Geschichte: www.diakonie.de/informieren/infothek/2024/poesie-und-engagement-wie-gisela-breuhaus-fuer-die-rechte-der-vergessenen-einsteht

Lesen Sie ihre Gedichte: www.nationale-armutskonferenz.de/veroeffentlichungen/schattenbericht/

Eine Darstellung der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland gelang im Rahmen der Armuts- und Reichtumsberichte in Deutschland erst in überschaubaren Ansätzen:

Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland

- Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. (IAW)
- Universität Tübingen, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
- ifo Institut

www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Service/Studien/1-studie-iaw-ifo-tuebingen.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Bei **Erbschaften** geht es um nicht selbst erarbeiteten Reichtum. Die **Blutsverwandtschaft** ist Kriterium dafür, wer sozial besser oder schlechter gestellt wird. In Haushalten mit geringen Mitteln besteht dagegen die massive Gefahr, die Schulden anderer zu erben. Ein **schlechter sozioökonomischer Status vererbt sich** durch BAföG-Schulden, familiäre Schulden, frühen Tod und geringere Bezüge aus den Sozialversicherungen aufgrund schlechter Lebens- und Arbeitsbedingungen. Wer aus der Arbeitslosigkeit heraus ohne Startkapital einen Job bekommt, hat ein großes Problem: Das erste Gehalt kommt erst am Ende des Monats, mit viel Glück zur Monatsmitte. Die letzte Sozialleistung wurde dagegen am Anfang des Vormonats ausgezahlt. Darum beginnen Menschen, die aus der Armut kommen, jeden neuen Job direkt mit Schulden. Ein guter Status wird dagegen durch materielle Erbschaften, ohne Leistung zugeflossenes Vermögen und Privilegien gesichert.



Reichtum: ein Geschenk –
Armut: ein gesellschaftliches Problem
© Diakonie Deutschland

Es gibt viele **Gründe, warum Menschen in Armut leben**. Menschen mit Armutserfahrung berichten im Gruppengespräch: „Oft war schon die Ausgangsposition prekär, andere Menschen hatten unglaubliches Pech im Leben und bekommen keine neue Chance.“ Ebenso führen Krankheit, Erziehung, Trennung und Pflege Angehöriger bei vielen Menschen zu geringen Altersvorsorgeansprüchen und schließlich Altersarmut. Wem Betreuungsmöglichkeiten fehlen, die Partnerschaft wegbricht oder wer sich um andere kümmern muss, gerät schnell in Armut. Die Bildungschancen in unserem Staat sind nicht für alle gleich. Auch Kinder mit einem hohen intellektuellen Niveau bekommen weniger die Möglichkeit, einen höheren Schulabschluss zu absolvieren und erfolgreich zu studieren, wenn sie aus in Armut lebenden Familien kommen. **Schaffen sie es an die Hochschule, so sind die Kosten für Wohnen und Lebensmittel, ÖPNV und Lernmittel** oft eine schwere Bürde und ständige Zusatzjobs erschweren Lernen und Abschluss. Initiativen wie „Arbeiterkind“ (<https://arbeiterkind.de>) schaffen einen selbstorganisierten Ausgleich für Menschen, denen entsprechende soziale Bezüge oder das Startgeld fehlen, um in der Studiensituation zurechtzukommen.

Erfahrungsbericht einer Studentin:

„Ich komme aus einer Patchworkfamilie mit sechs Kindern. Mein Stiefvater hat Migrationsgeschichte, ist zur See gefahren und arbeitet als Hausmeister, er hat keinen Schulabschluss. Meine Mutter hat einen Hauptschulabschluss gemacht und als Reinigungskraft gearbeitet. Ich bin mit 16 Jahren ausgezogen und habe seitdem ich 18 bin keinen Kontakt zu meinem Elternhaus. Ich habe einen Realschulabschluss gemacht und später über die Ausbildung zur Sozialpädagogischen Assistentin meine Fachhochschulreife erworben. (...) Ich habe am Anfang meines Studiums keinen Kontakt zu meinen neuen Kommiliton:innen gesucht, sondern mich eher bedeckt gehalten. An den Seminaren und Kursen habe ich teilgenommen und bin anschließend arbeiten gegangen. Ich hatte während der ersten zwei Semester keine Probleme, stoffmäßig mitzukommen, da sich viel aus der Ausbildung wiederholte. Herausfordernd waren für mich Fachwörter. Meine Kommiliton:innen hatten überwiegend Abitur und somit Latein-Grundkenntnisse. Ich konnte beobachten, dass sich viele Wörter aus dem Latein ableiten ließen, konnte dies jedoch nie nachvollziehen. Somit habe ich mir Karteikarten geschrieben und Vokabeln gelernt.“

Armut führt zu **Hoffnungslosigkeit, Ohnmacht** und ständiger Wahrnehmung von **Ungerechtigkeit**. Menschen mit Armutserfahrung berichten im Gruppengespräch: „Für junge Menschen ist es **schwer, sich aus der Armut herauszuarbeiten** und darauf zu vertrauen, dass sich diese Bemühungen lohnen, wenn sie das nicht durch familiäre Vorbilder erfahren konnten. Erfahrungen von Kriminalität im Umfeld und Gelegenheitsjobs statt langfristiger Perspektiven sind belastend; mediale Darstellungen vom vermeintlich leichten Aufstieg Leistungswilliger oder von starren und beschränkten Männlichkeits- und Weiblichkeitsbildern führen zu Misserfolgen und Frustrationen. **Wer kein helfendes soziales Netzwerk hat, muss allein zurechtkommen** und ist schnell überfordert.“

Wer es aber schafft, sich aus der Armut herauszuarbeiten, muss sich um Verwandte kümmern, denen dies nicht gelungen ist. Dabei ist schon das Prinzip der „Bedarfsgemeinschaft“ wenig hilfreich. Bis zum Alter von 25 Jahren müssen junge Menschen bei ihren Eltern wohnen und ihr Ausbildungsgeld wird nach Abzug eines geringen Freibetrags auf das Familieneinkommen angerechnet. Damit jungen Menschen ohne weitere Unterstützung ein Auszug möglich wird, muss die Ausbildungsvergütung schon sehr hoch sein. Außerdem: Wer über etwas mehr Geld verfügt, soll häufig den Mangel bei Verwandten und Bekannten ausgleichen. Darum ist es doppelt schwer, aus einer solch belastenden Situation herauszukommen.

Bericht einer Betroffenen:

„Ich kenne jemanden, der Leistungen aus der Eingliederungshilfe bekommt, der Partner Bürgergeld. Er kann so viel arbeiten, wie er will, es bleibt nicht mehr in der Kasse.“

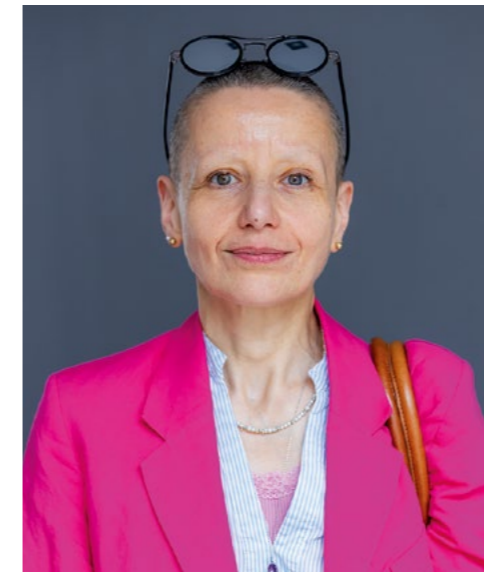
In Deutschland gehören den zehn Prozent Haushalten mit hohem Einkommen und Vermögen laut Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung über zwei Drittel des gesellschaftlichen Volkseinkommens und -vermögens. Der Anteil der unteren zehn Prozent wird immer geringer.

Sozialer Ausgleich und soziale Rechte können nicht dadurch ersetzt werden, dass Reiche durch Stiftungen und Spenden gesellschaftlich Gutes fördern wollen und dabei Steuern sparen. Sie tun dies als eigene Entscheidung ohne gesellschaftliche Kontrolle und Verpflichtungen.

Ausgrenzung und Stigmatisierung

Menschen mit Armutserfahrung erleben **Stigmatisierung, Ächtung und Diffamierung**. „Armen-Bashing“ ist Teil der normalen Alltagssprache, aber auch des ganz normalen Politik- oder Mediengeschehens. Die meisten Bürgergeld-Beziehenden sind Kinder, stocken als Alleinerziehende ein schmales Einkommen auf, befinden sich in Fortbildungen oder nehmen während der Elternzeit ergänzende Leistungen in Anspruch. Erwerbslos sind weniger als ein Drittel. Und von diesen leben die meisten mit chronischen Krankheiten, ohne berufliche Qualifikation oder in sogenannten „strukturschwachen Gebieten“. Viele Langzeit-Leistungsbeziehende haben Probleme beim Lesen und Schreiben. Und: Die Geflüchteten, die Bürgergeld beziehen, müssen oft noch ihre Deutschkenntnisse verbessern oder leiden darunter, dass ihre beruflichen Qualifikationen nicht anerkannt werden. Das bedeutet: Hilfe und Förderung sind nötig.

Der dringlichste Wunsch, so zeigen viele Studien etwa von Klaus Dörre, Christopher Wimmer, Kay Marquardsen und Kim Bräuer, ist gesellschaftliche Beteiligung, ganz vorne steht Erwerbsarbeit. Für die Betroffenen bedeutet die öffentliche Diskriminierung: Sie laufen immer wieder gegen Wände, wenn sie auf dem Arbeitsmarkt „landen“ wollen. Dafür werden sie dann öffentlich als vermeintlich faul und „in der Hängematte liegend“ abgestraft. Armut und Erwerbslosigkeit sind aber strukturelle Probleme, um die sich die Gesellschaft kümmern muss. Nicht nur Rassismus, sondern auch die Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft (**Klassismus**) prägen die Kommunikation.



Monja Ben Messaoud ist aktiv gegen Ausgrenzung und Stigmatisierung

Ihren Text „ÜBER-leben inmitten struktureller Gewalt oder ein Ankommen ohne Ankunft“ finden Sie hier: www.nationale-armutskonferenz.de/veroeffentlichungen/schattenbericht/
© Jo Schwarz / Caritas im Erzbistum Köln

Ausgewählte Studien zu Marginalisierung, Ausgrenzung und Klassismus

- Wimmer, Christopher: Die Marginalisierten. (Über-)Leben zwischen Mangel und Notwendigkeit. Weinheim/Basel 2024.
- Bräuer, Kim; Marquardsen, Kai; Matz, Jana: Armut in Schleswig-Holstein: Wissenschaftliche Impulse, sozialpolitische Folgerungen und praxisnahe Handlungsempfehlungen. Abschlussbericht. Kiel 2023. (Online-Veröffentlichung) www.ssoar.info/ssoar/handle/document/89537
- Kai Marquardsen: Armutsforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden 2022. (Allgemeiner Überblick mit vielfältigen Beiträgen unterschiedlicher Autor:innen)
- Klaus Dörre; Karin Scherschel; Melanie Booth u.a.: Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik. Frankfurt/New York 2013. (Umfassende Darstellung von Lebensperspektiven betroffener Personen)

Ungewöhnliche Lebensentwürfe stehen unter besonderem Verdacht: andere Wohnformen, künstlerisches Engagement, der Versuch kreativer Selbstständigkeit. Sozial benachteiligt sind auch kleine Selbstständige, Menschen mit Werkverträgen oder Personen, die von Auftragsarbeiten leben. Auf prekäre Selbstständigkeit folgt prekäre Armut im Alter. Sie gesellen sich in der Gruppe der Altersarmen zu vormaligen Pflegenden, Erziehenden und vielen Menschen, die mit geringem Beschäftigungsumfang und geringer Vergütung in sozialen Berufen gearbeitet haben.

Im politischen Diskurs wird oft argumentiert, dass Menschen sich in ihren Lebensentwürfen vorrangig an wirtschaftlichen Fragen orientieren müssen. Allerdings ist nicht sicher, dass jeder wirtschaftliche Erfolg gesamtgesellschaftlich auch zu sozialen Zuwächsen führt. Das muss politisch geregelt sein. Trotzdem ist **Kapital zu erwirtschaften für viele ein nicht zu hinterfragendes Ziel**, das allein für sich steht. **Die Frage, wem das nützt, wird kaum gestellt:** Ist die Wirtschaft für die Menschen da oder sind die Menschen für die Wirtschaft da? Dabei sind wirtschaftliche Gewinne nur dann gesellschaftliche Erfolge, wenn alle daran partizipieren können.

Zwar sind **viele soziale Rechte gesetzlich geregelt, von den Betroffenen aber nur schwer durchzusetzen**. Rechtswege sind teuer und Beihilfen für die Finanzierung der Rechtswege nicht leicht zu bekommen. Die Rechtslage ist das eine, deren Durchsetzung das andere. **Es reicht nicht, Rechte zu haben, sondern sie müssen auch verwirklicht sein.** Dies ist ein wesentlicher Ansatzpunkt, um eine sozial gerechtere Gesellschaft zu erreichen.

3. Kinder- und Familienarmut

Armut in Kindheit und Jugend: statistische Daten

Mehr als vier Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland leben in Einkommensarmut – das waren 2022 über 16,5 Prozent der jungen Menschen, bei den 18- bis 25-Jährigen sogar über 25 Prozent. Fast ein Viertel (24 Prozent) der unter 18-Jährigen in Deutschland war 2022 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht; dieser Anteil ist größer als bei der reinen statistischen Messung von Einkommensarmut. So kann beispielsweise ein Haushalt zwar über der statistischen Grenze für Einkommensarmut liegen, aber unter einer extremen Miete, hohen Schulden oder geringen und unsicheren Erwerbsmöglichkeiten leiden. In diesen Haushalten wachsen Kinder und Jugendliche mit erheblichen materiellen und sozialen Entbehrungen auf.

13,1 Prozent der unter 18-Jährigen in Deutschland lebten Ende 2022 in Bedarfsgemeinschaften, also im Bezug von Grundversicherungsleistungen (seit 2023 Bürgergeld). Derzeit erhalten knapp zwei Millionen Kinder und Jugendliche Bürgergeld. Mindestens 1,4 Millionen Kinder und Jugendliche leben darüber hinaus in Haushalten, die Sozialleistungen nicht in Anspruch nehmen, obwohl sie ihnen zustehen.

Arme Jugendliche haben es beim Berufseinstieg besonders schwer. Vor allem Jugendliche ohne oder mit niedrigem Schulabschluss sind benachteiligt. Der Bildungsgrad der Eltern spielt eine wesentliche Rolle für die Chancen der jungen Menschen. Kinder und Jugendliche von Eltern mit niedrigem Bildungsabschluss hatten 2022 eine Armutsgefährdungsquote von 37,6 Prozent, während die Quote bei Kindern und Jugendlichen von Eltern mit mittlerem Bildungsabschluss bei 14,5 Prozent und bei Kindern von Eltern mit höherem Bildungsabschluss bei nur 6,7 Prozent lag.



Kinder gehören in den Mittelpunkt
© Diakonie Deutschland

Michael Dahmen berichtet aus einem Gespräch:

Eine Mutter, die sich in einer absoluten Notlage befindet, bekommt vom Pastor 50 Euro.
Der Pastor: „Haben Sie denn heute schon etwas gegessen?“
Die Mutter: „Nein, aber das Geld ist doch für die Kinder. Mein Ältester hat eine Sperre beim Jobcenter.“

Armut als Familiengeschichte

Kinderarmut ist Familienarmut. Sie zieht sich als **Familiengeschichte** über **Generationen** hinweg. Kinder erleben täglich Versagensängste, Ausgrenzung, Scham und Ohnmacht ihrer Eltern. Das belastet ihre **Entwicklung**. Ihre Lebensperspektive wird durch Abhängigkeit von Behörden, Verletzungserfahrungen im Leistungsbezug und entwürdigende Ausgrenzung geprägt.

Soziale Lagen in multidimensionaler Längsschnittbetrachtung:

Universität Bremen; SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Service/Studien/2-studie-socium.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Viele Kinder und Jugendliche haben nur begrenzt **Zugang zu ihren eigenen Ressourcen, zum Selbstwert und zur Selbstwirksamkeit**. Finanzielle Not, schlechte Wohnverhältnisse und elterlicher Stress prägen die häusliche Situation. Oft **fühlen sich** Kinder in der Not **für das Wohlergehen ihrer Eltern verantwortlich** und wollen helfen. Sie haben es **schwer**, sich auf kindgerechte Aktivitäten in Kindertagesstätten oder die Schule zu **konzentrieren**. Gegenüber anderen gilt oft ein von der Scham diktiertes „**Schweigegebot**“, statt über die familiäre Not zu sprechen und Hilfe einzufordern. **Mobbing** ist oft die Folge, wenn Kinder mit veralteter, unmodischer Kleidung in die Schule kommen, andere Kinder nicht einladen, Geburtstagsgeschenke oder am eigenen Geburtstag „etwas auszugeben“ scheinbar aus Unachtsamkeit „vergessen“ – oder aufgrund des familiären Drucks in der Schule verhaltensauffällig werden.

Vorurteile – Appell des „Ratschlag Kinderarmut“

In der Gesellschaft herrschen immer noch pauschale Vorurteile gegenüber Familien, die Armut erfahren. Diese werden weiter über die Medienlandschaft zementiert. 51 Organisationen und Einzelpersonen sehen sich daher dazu verpflichtet, mit dieser Voreingenommenheit aufzuräumen. Auf dem Treffen des Ratschlag Kinderarmut am 16. Juni 2023 riefen sie deshalb gemeinsam mit einem Appell dazu auf, Haltung zu zeigen und sich unterstützend hinter armutsbetroffene Kinder, Jugendliche und ihre Familien zu stellen. Im Appell „Haltung zeigen gegenüber Kindern, Jugendlichen und Familien: Menschen in Armutslagen vorurteilsfrei begegnen!“ des Ratschlag Kinderarmut der Nationalen Armutskonferenz heißt es: „Wir fordern, die Ursachen von Armut vorurteilsfrei in den Blick zu nehmen, um Kinderarmut nachhaltig zu bekämpfen!“
www.nationale-armutskonferenz.de/wp-content/uploads/2023/06/20230615_Appell_Ratschlag-Kinderarmut_endg.pdf

Eltern, die mit ihren Kindern in Armut leben, wird ständig unterstellt, sie würden auf Kosten ihrer Kinder leben. Das hat die Bertelsmann-Stiftung durch eindrucksvolle Studien widerlegt (siehe www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/familie-und-bildung-politik-vom-kind-aus-denken/projektnachrichten/neu-denken-gegen-kinderarmut/). Wenn das Geld knapp ist, sparen Eltern an sich selbst, wo sie nur können. Erst wenn wieder Geld zur Verfügung steht, geben sie auch mal etwas für eigene Kleidung oder ähnliches aus – und bekommen dann unterstellt, sie würden Zuflüsse ja nur für sich nutzen. Besonders belastend ist die Situation in Bürgergeld-Bedarfsgemeinschaften mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Gerade junge Menschen werden sehr schnell sanktioniert und ihre Leistungen gekürzt. Der Ausgleich erfolgt in der Bedarfsgemeinschaft. Geld für Lebensmittel, Kleidung oder Fahrtkosten fehlt dann bei allen.

In Armut aufwachsende Kinder haben ein deutlich höheres Risiko, ausgegrenzt zu werden, als Kinder in finanziell besser gestellten Familien. Liebe und Anerkennung durch Eltern und Verwandte können grundlegende Benachteiligungen nicht heilen. Ständig gibt es Hürden, die andere Menschen nicht kennen. Für das von der Schule ausgeliehene iPad fehlen Drucker und W-LAN. Die Gruppenkasse in der Kita ist eine finanzielle Belastung, die kaum zu bewältigen ist. Beim Besuch der höheren Schule oder gar Hochschule fehlt ein finanziell oder sozial tragendes Netzwerk. Geld aus einem Nebenjob wird eher für Wohnen, Lebensmittel und Kleidung benötigt oder an die Familie abgegeben als für Bücher behalten. Wohnungen zu günstigen Preisen sind kaum zu bekommen. Der Semesterbeitrag kann nicht gezahlt werden. In der Schule hilft Lernmittelfreiheit wenig, wenn es noch Zusatzbeiträge für alle gibt.

Junge Menschen, die aufgrund starker familiärer Probleme in Einrichtungen der stationären Jugendhilfe gelebt haben, müssen am Ende der Hilfen wieder Kontakt zu ihren Eltern aufnehmen, um notwendige Nachweise oder den ihnen zustehenden Unterhalt zu erhalten. Das ist doppelt belastend. Aufgrund des finanziellen Mangels in vielen Kommunen erfolgt mit der Volljährigkeit ein Bruch, der eigentlich in der Kinder- und Jugendhilfegesetzgebung nicht vorgesehen und rechtswidrig ist.

Mit der Situation der „Care-Leaver“ beschäftigt sich zum Beispiel das Projekt „Crossing Point“ in Stuttgart:
www.bagw.de/fileadmin/bagw/media/Doc/TGD/TGD_2022_BUTA_AG_B04_Hagenmayer.pdf

Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe zum Thema:
www.bagw.de/fileadmin/bagw/media/Doc/POS/POS_23_Sozialrecht_Junge_Erwachsene.pdf

Kinderarmut

Gerade einmal ein Drittel der Leistungsberechtigten nimmt den **Kinderzuschlag** in Anspruch. Dieser soll verhindern, dass Familien allein aufgrund des Lebensunterhalts ihrer Kinder in Existenznot geraten. Antragsberechtigt sind Eltern, die selbst – ohne Kinder – oberhalb des Grundsicherungsniveaus leben würden. Es ist nicht einfach, das festzustellen. Wer erst einmal im Antragsverfahren für den Kinderzuschlag oder die Grundsicherung / das Bürgergeld ist, durchläuft dieses bis zum Ende. Wird ein Antrag negativ beschieden während auf die andere Leistung aber Anspruch bestünde, beginnt alles von vorn. Es gibt kein durchlaufendes Antragsverfahren, um gleichzeitig den Anspruch auf Bürgergeld oder Kinderzuschlag zu prüfen – und dann die entsprechende Leistung positiv zu bescheiden.



Erika Biehn –
 im Verband Alleinerziehender
 Mütter und Väter aktiv gegen
 Kinderarmut
 © Benjamin Sauer / Diakonie

Das ist einer der Gründe, **warum eine einheitliche Kindergrundsicherung nötig ist**. Der zweite: In bestimmten Konstellationen kann der Netto-Betrag, den die Familienförderung mit den steuerlichen Kinderfreibeträgen erbringt, bei sehr hohem Familieneinkommen höher sein, als wenn eine Familie sehr arm ist. Dieser Effekt tritt aufgrund der Steuersystematik insbesondere bei Kindern unter sechs Jahren und bei sehr hohen Familieneinkommen ein. Die Leistungen für Familien mit geringem Einkommen sind für kleinere Kinder geringer. Es ist nicht so, dass Familien, die die wenigsten Mittel und Ressourcen haben, auch die größte Förderung bekommen. Das muss aber gewährleistet werden.

Siehe hierzu die Studie von AWO und DIW Econ:
https://diw-econ.de/wp-content/uploads/Kurzexpertise_AWO_DIWecon.pdf

Dringend nötig ist **eine Leistung, die umso höher ausfällt, je größer der Bedarf ist**. Statt sie handhabbar und unbürokratisch auszugestalten, wird gegen die Kindergrundsicherung argumentiert. Hier müssten alle demokratischen politischen Kräfte an einem Strang ziehen.

Eine umfassende Darstellung der Diskussion über die Kindergrundsicherung gibt:
 Sozialer Fortschritt 4-2024: Kindergrundsicherung: Auswirkungen – Schnittstellen – Perspektiven

Zu den Konzeptionen und Fachpapieren des Bündnis Kindergrundsicherung:
<https://kinderarmut-hat-folgen.de/>

Soll die Kindergrundsicherung eine soziale Wirkung haben, müssen dafür auch **ausreichende Mittel** zur Verfügung stehen. Knapp drei Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut – davon mehr als die Hälfte, obwohl ihre Eltern erwerbstätig sind. Der tatsächliche Bedarf und die Höhe des notwendigen Existenzminimums müssen realistisch ermittelt werden.

Sehr hilfreich für die Betroffenen wäre, alle Leistungen, auf die bisher Anspruch besteht, **aus einer Hand als eine durchgehende Leistung** zu gewährleisten. Bislang führen umständliche Anrechnungen dazu, dass immer wieder Bedarfslücken entstehen oder Menschen nicht wissen, worauf sie tatsächlich Anspruch haben.

Die Feststellung von Leistungsansprüchen muss **einfach und unkompliziert** gestaltet werden. Macht ein Steuerbescheid oder schon bestehender Sozialleistungsbezug der Familie plausibel, dass ein Anspruch besteht, muss direkt ein Antragsverfahren anlaufen.

Auch muss die bestehende **Lücke bei getrennt Erziehenden** geschlossen werden. Lebt ein Kind in zwei Haushalten, ist der Bedarf größer, als wenn beide Eltern gemeinsam mit dem Kind in einem Haushalt leben.

4. Armut im Alter

Seit Jahren wächst die Altersarmut in Deutschland. Lag noch vor 15 Jahren das Armutsrisiko im Alter weit unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt, liegt es mittlerweile deutlich darüber. Dabei ist das Altersarmuts-Risiko von Frauen deutlich höher als das von Männern.

Aktuelle Daten des Statistischen Bundesamtes zur Altersarmut:

www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aeltere-Menschen/armutsgefahr.html

Der demografische Wandel als gesellschaftliches Thema

Jeder Mensch braucht im Alter einen ausreichenden Lebensstandard, um in Würde leben zu können. Immer noch werden die **Ressourcen älterer Menschen** trotz Fachkräftemangel nicht ausreichend genutzt. Menschen mit geringem ökonomischem Status arbeiten oft in harten, anstrengenden, unterbezahlten Jobs, bei denen ein **erhöhtes Rentenalter unrealistisch** ist. Erkrankungen oder früher Renteneintritt erhöhen hier das Armutsrisiko.

Mit dem Schlagwort „**demografischer Wandel**“ sind oft falsche Schlussfolgerungen verbunden. Angeblich leben Rentner:innen auf Kosten der Jüngeren. Tatsächlich profitieren nicht alle Älteren gleichermaßen von einer langen Rentenzeit. Statistiken zeigen: Wer ein höheres Einkommen hat, lebt länger und erhält im Lebensverlauf schon allein deswegen in der Summe höhere Rentenleistungen. **Armut führt zu einer erheblich verkürzten Lebenszeit.** Das hängt nicht nur mit schlechter Ernährung zusammen. Auch sportliche Aktivität, Teilhabe am sozialen Leben und ärztliche Versorgung sind deutlich schlechter zu erreichen. Die Verkäuferin und der Erzieher finanzieren letztlich die höhere Rentenauszahlung an Besserverdienende, weil sie selbst weniger davon profitieren. Das Armutsrisiko im Alter ist zugleich umso höher, je stärker traditionelle Rollen und Erwerbsmuster übernommen werden. Für das „Ernährermodell“ gibt es mit dem Ehegattensplitting und dem Steuerklassenpaar 3/5 starke Fehlanreize.

Botschaften der Nationalen Armutskonferenz zu Altersarmut und Rente:

www.nationale-armutskonferenz.de/wp-content/uploads/2019/04/2019_4_30-nak-Botschaften-Rente-Altersarmut.pdf



Altersarmut: Immer mehr Senior:innen stocken ihr schmales Einkommen mit Pfandsammeln auf
© Hans-Georg Vorndran / fundus-medien.de

Altersarmut, Grundsicherung, Pflege und Krankheit

Die **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit** ist im Sozialgesetzbuch XII geregelt. Sie wurde im Dezember 2022 von knapp 1,2 Millionen Menschen bezogen. Wer mit Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsunfähigkeit lebt, kann im weiteren Lebensverlauf keine soziale Veränderung mehr erwarten und muss sehr langfristig mit Ersparnissen auskommen. Andererseits ist oft ein Auto unerlässlich, um überhaupt mobil zu sein, die Wohnung muss barrierefrei gestaltet sein oder die Folgekosten von Krankheiten oder einer notwendigen besonderen Ernährung sind hoch. **Trotzdem sind die Leistungen und die Anrechnung von Einkünften nach dem SGB XII schlechter als im Bürgergeld (SGB II) geregelt.** Ein Beispiel: Im Leistungsbezug nach dem SGB II sind im ersten Jahr 40.000 Euro, danach 15.000 Euro Vermögen anrechnungsfrei. Bei Bezug von Leistungen nach SGB XII hingegen sind nur 10.000 Euro Vermögen anrechnungsfrei, ein Auto wird dabei – anders als im SGB II – noch einberechnet. Notwendig wären daher andere Regelungen für angemessenen Wohnraum und mehr Zusatzbedarfzahlungen.

Ein zunehmender Teil der **Pflegebedürftigen** ist auf Grundsicherung im Alter angewiesen. Sie soll Lücken in der Pflegeversicherung schließen. In einer Pflegesituation bleiben dann noch 152 Euro Taschengeld.

Viele ältere Menschen sind überfordert, eigene Leistungsansprüche zu erkennen und einzulösen. Digitale Zugangswege helfen oft wenig, die Informationen erreichen die Betroffenen nicht. Darum müssen die Beratungsangebote für ältere Menschen deutlich ausgebaut und häufiger aufsuchend gestaltet werden. Mehr als die Hälfte der Anspruchsberechtigten verzichtet auf einen Leistungsantrag und nimmt die Grundsicherung im Alter nicht in Anspruch. Grund dafür sind häufig Scham, die Angst, dass sich der Leistungsbezug am Wohnort herumspricht, oder ein falscher Informationsstand. Manche Menschen haben beispielsweise Angst, dass auf das Einkommen ihrer Kinder zurückgegriffen wird – dabei wurde der „Elternunterhalt“ schon vor einigen Jahren, außer für Höchsteinkommen, abgeschafft. Nötig wären unkomplizierte Antragswege, die in offensichtlichen Fällen automatisch ausgelöst werden – etwa, wenn die Rentenzahlungen und das zu versteuernde Einkommen sehr niedrig sind.

5. Gesellschaftliche Krisen und Transformationsprozesse

Krise ist das neue „Normal“

In immer kürzeren Abständen kommt es zu gesellschaftlichen Krisen. Sie werden jeweils als Ausnahmezustand deklariert und sind Begründung für kurzfristige Notfallprogramme. Diese werden dann im Anschluss gerne durch Sozialkürzungen im Bundeshaushalt refinanziert.

Menschen, die in Armut leben, waren von der Pandemie sowie den Maßnahmen zu ihrer Eindämmung deutlich stärker betroffen. Auch infizierten sie sich häufiger und hatten aufgrund gesundheitlicher Vorbelastungen oft schwerere Verläufe. Insbesondere Kinder in armen Familien waren beim Homeschooling benachteiligt, beispielsweise durch beengte Wohnverhältnisse oder unzureichende digitale Ausstattung. Viele Eltern mit schlechten Deutschkenntnissen oder lückenhafter Schulbildung konnten ihren Kindern wenig helfen. Auch die Kontaktbeschränkungen konnten mangels Spielfläche kaum kompensiert werden. Durch die Pandemie haben Lernrückstände, Störungen des Sozialverhaltens oder psychische Auffälligkeiten bei Kindern aus ärmeren Familien zugenommen. **Genau diese Familien waren auch in der Energiekrise als Folge des Kriegs in der Ukraine besonders auf Hilfen angewiesen.** Diese waren jedoch wenig zielführend und endeten 2024. Für Familien mit geringem Einkommen blieben daher deutliche Lücken – für Haushalte mit höheren Einkommen funktionierte der Ausgleich deutlich besser.

Soziale Folgen der Pandemie – Begleitstudie zum 6. Armuts- und Reichtumsbericht:

www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Service/Studien/7-studie-diw-econ.pdf?__blob=publicationFile&v=2



Wir spielen uns auf gegen Armut – Konzert und Aktion auf dem Treffen der Menschen mit Armutserfahrung
© Benjamin Sauer / Diakonie Deutschland

Von Krisen zu Transformationsprozessen: sozialökologische Transformation

Wiederholte Krisensituationen verunsichern viele Menschen sehr stark. Ängste werden von der antidemokratischen Rechten ausgenutzt. Konstruktive und langfristig wirksame politische Strategien sind nötig. **Aus einigen Krisen sind längst Transformationsprozesse geworden:** Stichworte sind **Klimakrise, Sicherheitspolitik** und **Digitalisierung**. Durch ein Klima der sozialen und ökologischen Sicherheit kann die Demokratie gestärkt werden. Das geht nur mit einem politischen Denken und Handeln über Legislaturperioden hinaus.

Gemeinsam mit der Klima-Allianz Deutschland hat die Nationale Armutskonferenz das Positionspapier „Für eine gerechte und lebenswerte Zukunft. Klimakrise und Armut gemeinsam bekämpfen“ formuliert: www.nationale-armutskonferenz.de/wp-content/uploads/2024/06/Klimanakforderungspapier.pdf

Zehn Thesen für einen sozialen und ökologischen Neustart

Am 23. Juni 2022 hatten die Nationale Armutskonferenz und viele weitere Verbände „Zehn Thesen für einen sozialen und ökologischen Neustart“ vorgestellt. Seitdem haben weitere Gruppen und Organisationen die Mitzeichnung beschlossen:

www.nationale-armutskonferenz.de/wp-content/uploads/2022/09/Zehn-Thesen-sozialoekologischer-Neustart_12.12-20-ergaenzt.pdf

Englische Übersetzung:

www.nationale-armutskonferenz.de/wp-content/uploads/2022/09/A-social-and-ecological-restart-10-theses.pdf

Zu den Thesen:

- Wir leben in einer sich immer weiter verschärfenden Umweltkrise, Klimakrise und sozialen Krise. Diese Krisen lassen sich nur gemeinsam lösen. Die mitzeichnenden Verbände und Organisationen aus dem Umwelt- und Sozialbereich machen mit zehn Thesen für einen sozialen und ökologischen Neustart deutlich: Der Neuanfang kann nur als gemeinsames Vorhaben gelingen.
- Je reicher die Haushalte, desto größer ist ihr CO₂-Verbrauch. Arme haben wenig und können wenig verbrauchen. Die ökologische Frage ist auch eine soziale Frage.
- Acht Millionen Sozialleistungsbeziehende sind eine Marktmacht. Mit den kleingerechneten Regelsätzen können sie nur das Billigste konsumieren. Wir wollen ökologische Beteiligung und bewusste Einkaufsentscheidungen für alle Menschen ermöglichen.

6. Existenzminimum und Existenzsicherung

Armut ist ein Mangel an Ressourcen. Der Zugang zu existenzsichernder Arbeit fehlt, Instrumente wie „Teilhabe durch Arbeit“ nach § 16i SGB II werden angesichts der angespannten Haushaltslage kaum noch finanziert. Viele Grundsicherungsbeziehende sind in Arbeitsformen beschäftigt, die nicht existenzsichernd sind.

Unternehmungen in der Freizeit oder gemeinsame Aktivitäten mit anderen Menschen sind kaum zu finanzieren. Erziehungszeiten, Trennungen, Krankheiten oder besondere Belastungen können finanziell nicht ausgeglichen werden. Gesellschaftliche und soziale Tätigkeiten werden meist nur dann anerkannt, wenn sie als Erwerbstätigkeit sichtbar sind. Freiwilliges Engagement, Pflege oder Erziehung haben keinen hohen Stellenwert.

Das Existenzminimum für „Arbeitsuchende“ und ihre Angehörigen ist im Sozialgesetzbuch II mit dem Bürgergeld geregelt. Das Bürgergeld besteht aus dem Regelsatz sowie den als angemessen geltenden Kosten für die Unterkunft. Der Regelsatz wird mit Hilfe von Statistiken und Wertungen über Kosten, die übernommen werden sollen, im Regelbedarfsermittlungsgesetz festgelegt; die „Angemessenheit“ der Wohnkosten stellen die Kommunen fest.

2024 gelten die folgenden Regelsätze:

• Alleinstehende/Alleinerziehende	(Regelbedarfstufe 1)	563 Euro
• Paare je Partner:in/Bedarfsgemeinschaften	(Regelbedarfstufe 2)	506 Euro
• Volljährige in Einrichtungen	(Regelbedarfstufe 3)	451 Euro
• Jugendliche von 14–17 Jahren	(Regelbedarfstufe 4)	471 Euro
• Kind von 6–13 Jahren	(Regelbedarfstufe 5)	390 Euro
• Kind von 0–5 Jahren	(Regelbedarfstufe 6)	357 Euro

Leistungsbeziehende im Bürgergeld – statistischer Überblick aus dem April 2024:

• Bedarfsgemeinschaften	2.950.230
• Regelleistungsberechtigte	5.550.060
• „erwerbsfähige“ Leistungsberechtigte	4.017.680 *
• „nicht erwerbsfähige“ Leistungsberechtigte	1.532.380
• arbeitslos Gemeldete	2.458.000 (51 Prozent); davon 869.000 langzeiterwerbslos**
• Erwerbstätige	422.000

* Wer mindestens drei Stunden täglich unter den normalen Bedingungen des Arbeitsmarktes arbeiten kann, gilt als erwerbsfähig.

Das sind aber auch Personen, die unter Umständen aufgrund von Schulbesuch, Ausbildung, Fortbildungen, Elternzeit, Erkrankung der ähnlichem dem Arbeitsmarkt gerade nicht zur Verfügung stehen; oder aber auch erwerbstätige Aufstockende.

** Personen, die ein Jahr oder länger erwerbslos sind

• Männer: 49 Prozent; Frauen: 51 Prozent	
• deutsche Staatsbürgerschaft: 2.115.270 Personen (53 Prozent)	
• ausländische Staatsbürgerschaft: 1.902.380 Personen (47 Prozent)	
• unter 25 Jahren	768.700 19 Prozent
• 25 bis unter 55 Jahre	2.497.620 62 Prozent
• 55 Jahre und älter	751.370 19 Prozent
• Single-Bedarfsgemeinschaft	1.648.810 56 Prozent
• Alleinerziehende-BG	545.020 18 Prozent
• Partner-BG ohne Kinder	243.900 8 Prozent
• Partner-BG mit Kindern	447.440 15 Prozent

Quellen: <https://statistik.arbeitsagentur.de>

<https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Statistiken-aktuell/Monatsbericht/Monatsbericht-Nav.html>

Bürgergeld-Diskussion, Diskriminierung, Leistungsprinzip

Das Bürgergeld wurde mit dem Versprechen eingeführt, „Hartz IV“ und übermäßige Härten gegenüber Leistungsbeziehenden zu überwinden und die Leistungen besser und zielgenauer zu gestalten. Die Diskussion über das Bürgergeld ist geprägt durch die umfassende Diskriminierung von Betroffenen. In Armut lebenden Menschen wird unterstellt, sie seien faul und arbeitsunwillig. Diese Stigmatisierung führt dazu, dass Menschen Sozialleistungen und soziale Rechte nicht in Anspruch nehmen, weil sie aus Angst vor Diskriminierung nicht zu den Leistungsbeziehenden gehören wollen.

Wer arm ist, wird häufig als dafür selbst verantwortlich und leistungsfern beschuldigt. Kaum thematisiert wird hingegen, ob der Erwerb von Erbschaften oder Vermögen mit persönlicher Leistung verbunden ist. Dieser offene Widerspruch prägt nach wie vor die gesellschaftlichen Debatten und Machtdiskurse.

Die Personalausstattung, die Situation der Beschäftigten in den Sozialleistungsbehörden und der Antragstellenden sind Ausdruck diskriminierender Strukturen, die weder Leistungsbeziehenden noch denjenigen, die Leistungen gewährleisten sollen, Respekt entgegenbringen. Ständig werden neue Sanktionstatbestände diskutiert und wieder oder neu eingeführt. Eine verlässliche und wirksame Infrastruktur zur Verbesserung der eigenen sozialen Situation gibt es dagegen nicht.

Eine in der Armutskonferenz Aktive denkt über Würde und Existenzsicherung nach:

„Es gibt ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu menschenwürdigem Sterben. Es ist aber auch die Frage nach menschenwürdigem Leben zu stellen, selbst entscheiden können, Leben nicht als Nullnummer. Es gibt nicht ‚die Bürokratie‘. Eine Steuerbürokratie gegenüber reichen Menschen, die Geld haben, ist etwas ganz anderes als eine Sozialkontrollbürokratie gegenüber armen Menschen, die dringend Geld brauchen. Menschen mit Armutserfahrung wird das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben ausgeschlagen.“

Leben am Existenzminimum

Das Existenzminimum wird heruntergerechnet, die Regelsätze sind niedrig. Zwar gab es 2024 eine deutliche Erhöhung – diese blieb aber noch hinter den inflationsbedingten Kaufkraftverlusten der Vorjahre zurück. Immer wieder wird das Lohnabstandsgebot als Begründung für niedrige Regelsätze herangezogen, obwohl dieses Prinzip seit dem Verfassungsurteil von 2010 nicht mehr gilt. Mit niedrigen Sozialleistungen wird Druck aufgebaut, prekäre Einkommen hinnehmen zu müssen. In der öffentlichen Wahrnehmung gelten „Tafeln“ als letztes Rettungsnetz. Sie sind aber keine verlässliche Leistung, auf die ein Rechtsanspruch besteht. Den Rechtsanspruch auf Existenzsicherung soll die Grundsicherung gewährleisten, Lebensmittelpenden können nur im Bedarfsfall ergänzen.



Renate Krause gibt armuts-erfahrenen Menschen eine Stimme

Lesen Sie ihre Geschichte: www.diakonie.de/informieren/infothek/2024/august/armutserfahrenen-menschen-eine-stimme-geben

© Diakonie Deutschland

Positionen der Nationalen Armutskonferenz zum Existenzminimum und den Nothilfen durch die Tafeln:

www.nationale-armutskonferenz.de/wp-content/uploads/2022/10/22-10-21-PM-spendenfinanzierte-Angebote.pdf
www.nationale-armutskonferenz.de/wp-content/uploads/2022/10/22-10-20-StN-StellenwTaf.pdf

Gesunder sowie nachhaltiger Konsum – insbesondere bei der Ernährung – und ein Leben am Existenzminimum schließen sich aus. Betroffene sind auf Dumpingangebote angewiesen, die in der Produktionskette selbst wieder zu prekären und unökologischen Verhältnissen führen. Der tägliche Kampf im Leben mit knappen Ressourcen verlangt nach einer immensen Finanzkompetenz. Und während sich die einen **verschulden**, sind andere **nicht kreditwürdig** und können sich im Notfall nichts leihen.

Was bedeutet es konkret, mit dem Regelsatz auszukommen? Mit dem Bürgergeld-Bingo des „Armutnetzwerks“, des „Evangelischen Verbandes Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt“ und der Diakonie lässt sich der tägliche Mangel leicht nachvollziehen: <https://buergergeld-bingo.de/>

Studien zum Regelsatz von Dr. Irene Becker:

www.diakonie.de/informieren/infothek/2020/hartz-iv-saetze-lebensnah-berechnen-diakonie-stellt-alternativ-modell-vor

Zu Kaufkraftverlusten in der Grundsicherung:

www.dgb.de/fileadmin/download_center/Studien/Becker-Studie-zu-Regelsaetzen-und-Inflationsentwicklung.pdf

Überschuldung: Ein Berater berichtet

„Bonitätsprüfungen, zum Beispiel durch die SCHUFA, haben nicht nur beim Abschluss von Kreditverträgen oder Teilzahlungsgeschäften eine Bedeutung. Die Meldung einer vielleicht sogar unberechtigten Zahlungsstörung kann zu erheblichen Einschränkungen im Alltag führen. An erster Stelle steht dabei der Zugang zum Wohnungsmarkt. Auch wenn keine Mietschulden bestehen, erhalten Betroffene mit Negativmeldungen (selbst bei kleinen Summen) keine Wohnung.“

Die Bewertung der Zahlungsfähigkeit (Scoring) ist nicht transparent. Es ist für den Betroffenen nicht ersichtlich, welche Parameter einfließen. Eine Negativbewertung wirkt sich auch bei anderen Vertragsgeschäften aus beziehungsweise macht diese unmöglich: zum Beispiel Deutschlandticket, Ratenkäufe für dringend benötigte Haushaltsgeräte (etwa eine Waschmaschine), Zugang zu üblichen Zahlungssystemen.

Auch die Nutzung der Künstlichen Intelligenz im Onlinehandel erhöht die Intransparenz und wirkt auf vielfältige Weise: Preise werden individuell und entsprechend der Bonität und des Risikos vergeben. In der Konsequenz kann eine schlechtere Wohnlage zu einem höheren Preis bei einem Produkt führen. Andererseits täuschen KI-Systeme im Onlinehandel ein günstiges Geschäft vor und motivieren zu unkontrolliertem Konsum: „Aggressive KI“ als neue Ursache der Überschuldung.“

Zugänge

Die Pandemie war ein Verstärker und Katalysator für Bestrebungen, die Gewährleistung sozialer Ansprüche effizient, schlank und schnell zu gestalten – auch auf Kosten derjenigen, die dabei nicht „mitkommen“. **Telefonische und persönliche Vor- und Rücksprache** bei den zuständigen Bearbeitenden sind nicht mehr selbstverständlich, obwohl sich viele Sachverhalte so leicht und unmittelbar sowie barrierearm klären ließen.

Sozialleistungen und andere Verwaltungsleistungen müssen **direkt und persönlich erreichbar sein, digital wie analog. Die Beteiligung von Beiständen und die Begleitung durch Vertrauenspersonen sowie das Dolmetschen müssen immer möglich sein.**

Umfrage der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege“ (BAGFW) zu den Zugängen:

www.bagfw.de/veroeffentlichungen/pressemitteilungen/detail/umfrage-sozialer-beratungsstellen-zeigt

Positionspapier der Nationalen Armutskonferenz:

www.nationale-armutskonferenz.de/2024/02/02/zugaenge-zu-sozialleistungen-und-beteiligung-von-leistungsberechtigten/nak_positionspapier_analoge_und_digitale-zugaenge_oktober_2023/

Digitalisierung

Das digitale Existenzminimum – Grundausstattung und Netzwerkverbindung – ist heutzutage lebensnotwendig. Menschen in von Armut bedrohten Haushalten verfügen über weniger digitale Zugangsgeräte und weniger digitale Kompetenzen.

Weitere Informationen zu digitaler Armut:

- Haushalts-Einkommen und digitale Kompetenzen korrelieren auch schon bei Kindern und Jugendlichen. Die Lücke öffnet sich bereits bei der Grundausstattung. www.bagkjs.de/monitor-jugendarmut-2022/digitale-armut/
- Digitales Existenzminimum: Konzeptpapier der Selbstorganisation Armutsnetzwerk, der Diakonie Deutschland und des Evangelischen Verbandes Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt (KWA): www.diakonie.de/informieren/infothek/2022/november/das-buergergeld-muss-ein-digitales-existenzminimum-garantieren



Digitalisierung auf dem Treffen der Menschen mit Armutserfahrung (mit Jürgen Schneider vom nak-Koordinierungskreis)

© Benjamin Sauer / Diakonie Deutschland

Digitale Ausgrenzung

Ein persönlicher Bericht

„Ich bin inzwischen derart desillusioniert und wütend. Wenn das Schmerzensgeld für meinen schweren Verkehrsunfall vor vier Jahren zur Neige geht und meine Frührente mit aufstockender Sozialleistung von vorne bis hinten nicht reicht bei mehrfach chronischen Erkrankungen und dadurch bedingter teurer Ernährung – dann ziehe ich ernsthaft Gefängnis in Erwägung. Kost und Logis auf Staatskosten und teurer als jeder Hartz-IV-Empfänger, bevor ich als 47 Kilo leichte, 1,53 Meter kleine und gebrechliche 55-Jährige irgendwo auf der Straße hause beziehungsweise mir einfach nichts mehr zum Essen leisten kann. Es bleiben mir ganze 20 Euro zur freien Verfügung, die ich unbedingt für meine ganzen Zuzahlungen wegen meiner vielen Krankheiten brauche. ÖPNV ist nicht drin, Fahrradreparatur auch nicht mehr. Zu Fuß komme ich kaum irgendwo hin. Und da wundern wir uns über die vielen einsamen Menschen und wollen gar Studien starten zur Erforschung der Gründe. Haha, den Hauptgrund kann ich beisteuern, auch ohne Studie. Gehen mein Smartphone und mein Tablet, die ich mir in der Corona-Pandemie erstmals von meinem Schmerzensgeld geleistet habe, um als Single (übrigens der Hauptgrund für Armut) wenigstens ein bisschen Anschluss zu halten, kaputt beziehungsweise gibt es keine Updates mehr dafür, dann gibt es nur noch normales Handy, kein Festnetz, keine E-Mails. Die digitale Armut ruft und wird mich dann unweigerlich ins letzte Jahrhundert/Jahrtausend katapultieren.“

Bericht einer Beraterin

„Ein Mann um die 50 Jahre kommt in die Beratungsstelle, weil er Probleme mit dem Jobcenter hat. Um die Bearbeitung zu beschleunigen, wird ihm geraten, eine E-Mail an das Jobcenter zu versenden. Auf diese Antwort reagiert der Mann mit einer Gegenfrage: ‚Was ist eine E-Mail?‘ Trotz seines nicht hohen Alters hat dieser Mensch keinerlei Bezug zu einem Computer und daher nicht diese Möglichkeit, mit dem Jobcenter zu kommunizieren.“ Dies wiederum ruft bei der Beraterin großes Erstaunen hervor und betont ihre Ansicht, dass auch jetzt noch Zugänge zum Jobcenter analog möglich bleiben müssen.

Einsamkeit

Armut schafft Einsamkeit. Einsamkeit verhindert die Inanspruchnahme sozialer Rechte, weil Unterstützung fehlt. Darum gehören Vernetzung und soziale Kontakte unmittelbar zur Verwirklichung eines ausreichenden Existenzminimums dazu. Die damit zusammenhängenden Ausgabenpositionen wurden jedoch bei der Regelsatzermittlung als erstes gestrichen.

Bericht einer Studienteilnehmerin („Armut in Schleswig-Holstein“):

„Ich versuche, an jedem Tag irgendetwas zu tun, was mich dazu bringt, aus dem Haus zu gehen. Also entweder einen kleinen Einkauf zu machen, das soll aber nicht häufiger als einmal die Woche sein. Oder eben irgendetwas, irgendeine Beschäftigung oder ein Besuch in der Stadtbücherei; oder einmal im Monat ist Seniorenbeirat und da setze ich mich auf die Tribüne und höre zu.“

Renate Antonie Krause, aktiv in der Nationalen Armutskonferenz, schreibt über Einsamkeit:

„Sich selbst spüren können, sich selbst wahrnehmen ist das Einzige, was einsamen Menschen bleibt. Da wird das Fernsehgerät eingeschaltet, damit überhaupt jemand zu einem spricht. Und weil der Bezug zur Realität, zur Wirklichkeit abhandengekommen ist, werden Bilder und Berichte aus den Shows der Privatsender plötzlich zur Wahrheit. Hinzu kommt Werbung, die den Menschen vorgaukelt, dass nur glücklich ist, wer mit vielen fröhlichen Personen zusammen ein bestimmtes Produkt genießt. Diese Produkte sind für jemanden, der von Grundsicherung oder Bürgergeld leben muss, nicht erschwinglich. So werden Lebensbilder manipuliert, als unwert dargestellt. Und dann wundern wir uns, dass der Zulauf zu undemokratischen Parteien so stark ist. Es wird das Blaue vom Himmel mit Fake Nachrichten belegt. Einsamkeit hat auch eine politische Motivation! Behaupte ich.“

Sozialer Aufstieg

Nicht nur die Überwindung von Erwerbslosigkeit muss ein nachhaltiges Ziel der Sozialleistungssysteme sein, sondern auch das Recht auf sozialen Aufstieg. Aus-, Fort- und Weiterbildung muss für alle Menschen finanzierbar, ein Recht auf Ausbildung garantiert und der Zugang zu Grundbildung und Grundkompetenzen (von der Alphabetisierung bis zu grundlegender Schreib-, Alltags- und Digitalkompetenz) allen Menschen jeden Alters möglich sein.

Ein Recht auf Weiterbildung muss auch für alle Beschäftigten gelten, die aufgrund der gesellschaftlichen und digitalen Transformation Weiterbildung benötigen, um einen guten beruflichen Status zu halten oder zu erreichen. Eine präventive Weiterbildungspolitik geht weit über die Verhinderung von Arbeitslosigkeit hinaus.

Ebenso braucht es Weiterbildungslotsen, die den Menschen helfen, in einem unübersichtlichen Feld von Angeboten die für sie richtigen zu finden. Chancen- und Bildungszugangsgerechtigkeit sind Voraussetzung für eine wirklich beteiligungsorientierte, demokratische Gesellschaft.

Zuverdienst

Es ist nicht leicht, schrittweise – durch Zuverdienste – in Erwerbstätigkeit zu kommen. Die Höhe der Transferentzugsrate bei Zuverdienenden und das Risiko, bei schwankendem Einkommen mit Hin- und Rückrechnungen konfrontiert zu sein, sind stark belastend. Deswegen muss die Leistungsanrechnung viel unkomplizierter gestaltet werden, etwa durch eine bessere Verknüpfung mit dem Steuersystem und deutlich höhere Bagatellbeträge.

Mobilität



U-Bahn in Berlin:
Mobilität ist Teil des Existenzminimums
© Monja Ben Messaoud / Armut verbindet

Der Regelsatz sieht knapp 45 Euro für Mobilität vor. Damit muss nicht nur die Fortbewegung im unmittelbaren Wohnumfeld gewährleistet werden. Wer getrennt lebende Kinder trifft, seine alten Eltern besucht oder den Kontakt zu Verwandten pflegt, muss unter Umständen weitere Wege absolvieren. Darum ist sehr bedeutend, wie zukünftig ein Deutschland-Ticket ausgestaltet wird, wie leicht es zugänglich ist und ob es ein bundesweites Sozialticket geben wird. Wo ÖPNV fehlt, braucht es weitergehende Mobilitätskonzepte, zum Beispiel Sharing-Angebote für Verkehrsmittel wie Autos, Krafträder und E-Bikes, die jede:r nutzen kann. Sichere Fußwege und ein gut ausgebautes Radwegenetz sind im Interesse der Menschen, die nicht nur mit dem Auto unterwegs sein können.

7. Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot

Wohnen und gesellschaftliche Ungleichheit

Die Wohnungsnot in Deutschland wird zu einem immer größeren Problem. Viel zu viele Menschen sind **wohnungslos** oder sorgen sich um ihre Wohnsituation und müssen mit **Mieterhöhungen, Mietvertragskündigungen wegen Eigenbedarf** und prekären, unsicheren und unzumutbaren Wohnverhältnissen umgehen. Kündigungen sind leicht: Wer einmal in Zahlungsverzug gerät, muss neben der außerordentlichen Kündigung, die durch Nachzahlungen „heilbar“ ist, trotzdem mit einer ordentlichen Kündigung „obendrauf“ rechnen. Dieser unsinnige rechtliche Widerspruch ist für die Betroffenen existenzgefährdend. Der angespannte Wohnungsmarkt spaltet die Gesellschaft. Dass alle Menschen angemessenen Wohnraum haben sollen, ist die Grundlage eines menschenwürdigen Zusammenlebens. Tatsächlich wurde über die Jahre viel gebaut, aber nicht für alle, sondern im Hochpreis-Segment. Wohnungen sind Spekulationsobjekte, der Wohnungsmarkt ist wenig reguliert. Der Zugang zu sozialen Wohnformen ist begrenzt. Wer vorher wohnungslos war, überschuldet ist, mit Kindern getrennt lebt oder ein besonders niedriges Einkommen hat, hat kaum eine Chance.

Und wer wohnungslos ist, hat im Alltag nicht weniger, sondern mehr Kosten: für Wasser, für Duschen, für fertig zubereitete Nahrungsmittel. Wohnungslose haben einen deutlichen Mehrbedarf. Die Angebote für Wohnungslose sind nicht so umfassend, dass die Betroffenen dies einfach ausgleichen könnten.

Bericht einer Wohnungslosen:

„Obdachlos ist nicht von vornherein gleich obdachlos; man hat eine menschliche Degradierung erfahren müssen, bevor man in die Obdachlosigkeit kommt. Menschen, die als ‚nicht einfach‘ diskriminiert und benachteiligt werden, werden schnell aussortiert. Jeder Mensch ist ein Individuum und muss das Recht haben, das auch auszuleben.“

Positionspapiere der „Selbstvertretung Wohnungsloser Menschen“:
<https://wohnungslosentreffen.org/positionspapiere/>

Vorschläge zur Überwindung der Wohnungsnot

- Mehr sozialen und gemeinnützigen Wohnraum schaffen. Nötig sind dauerhaft mietpreisgebundene Sozialwohnungen. Dafür müssen Gewinne reinvestiert und die Mieten niedrig gehalten werden.
- Mieter:innen müssen rechtlich besser geschützt werden. Dazu zählen ein Verbot von Index- und Staffelmieten, eine effektivere Sanktionierung von Mietwucher und eine Verlängerung inklusive Reform der Mietpreisbremse. Außerdem sollten Mieterhöhungen generell stärker begrenzt werden.

- Wer seine Wohnung verliert, gerät schnell in eine existenzielle Notlage. Wichtig sind deswegen ein krisenfestes Hilfesystem bei Wohnungs- und Obdachlosigkeit sowie eine gute Präventionsarbeit. Dabei muss die individuelle Lebenslage der betroffenen Personen einbezogen werden.

Positionen der „Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe“ (BAG W)

Die Beendigung von Wohnungslosigkeit braucht konkrete Maßnahmen

Die Bundesregierung hat sich offiziell zum Ziel gesetzt, Wohnungslosigkeit bis 2030 zu beenden. Doch aktuell nimmt die Zahl der wohnungslosen Menschen zu. Die BAG W schätzt, dass sie im Verlauf des Jahres 2021 bei 383.000 Personen lag. Im Verlauf des Jahres 2022 waren laut BAG W-Hochrechnung 607.000 Menschen wohnungslos. Hierfür gibt es verschiedene Gründe.

Anmerkung: Das Statistische Bundesamt führt jährlich eine Erhebung über die institutionell untergebrachten wohnungslosen Personen zum Stichtag 31.01. durch. Die BAG W führt trotz der Bundesstatistik weiter eine Hochrechnung durch, da das Statistische Bundesamt nicht die Menschen zählt, die bei Freund:innen oder Bekannten unterkommen oder auf der Straße leben.

Wohnungsverlust und Gründe für Wohnungslosigkeit

Miet- und Energieschulden und daraus folgende Zwangsräumungen gehören zu den häufigsten Ursachen für den Wohnungsverlust. Weitere Auslöser sind Trennung beziehungsweise Scheidung, Haftantritt, der Verlust oder Wechsel eines Arbeitsplatzes oder auch Gewalt in der Partnerschaft, die hauptsächlich Frauen betrifft.

Die gestiegene Zahl von Geflüchteten aus der Ukraine, die in Deutschland Schutz vor dem Krieg in ihrer Heimat suchen, ist ein weiterer Grund für die höhere Wohnungslosigkeit. Doch Wohnungslosigkeit hat vor allem auch strukturelle Gründe: das unzureichende Angebot an bezahlbarem Wohnraum, den Rückgang des Sozialwohnungsbestands und die Verfestigung von Armut.

Erwerbstätigkeit und Einkommenssituation

Wohnungslose Menschen sind weitgehend vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Die hohen Mietkostenbelastungen insbesondere in den großen Städten führen aber auch bei Menschen, die eine Lohnarbeit haben, dazu, dass eine Wohnung nicht gehalten oder keine neue gefunden werden kann. Der Anteil völlig mittelloser Hilfesuchender ist seit Jahren auf einem hohen Niveau. Insbesondere EU-Bürger:innen, die noch nicht lange in Deutschland leben und erwerbslos sind, wurden aufgrund entsprechender politischer Entscheidungen komplett von Sozialleistungen ausgeschlossen.

Gesundheit

Der Gesundheitszustand von Menschen in Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit ist stark geprägt durch die erheblichen psychischen und physischen Belastungen, die das Leben auf der Straße, in Notunterkünften, in prekären Mitwohnverhältnissen oder anderen dauerhaften Provisorien mit sich bringt. Strukturelle Barrieren in der Gesundheitsgesetzgebung und im medizinischen Regelsystem erschweren den Zugang zu regulärer medizinischer Versorgung oder verhindern ihn oft gänzlich. So ist der Anteil der Menschen ohne Krankenversicherung unter den Wohnungslosen wesentlich höher als in der restlichen Bevölkerung.

Alle Aussagen basieren auf Daten aus dem Statistikbericht www.bagw.de/de/themen/statistik-und-dokumentation/statistikberichterstattung/uebersicht und der Hochrechnung der BAG W.

Nötig sind endlich konkrete Maßnahmen. Die Verhinderung von Wohnungsverlusten, die Beschaffung von Wohnraum sowie die Einkommenssituation und die gesundheitliche Lage wohnungsloser Menschen sind dabei von zentraler Bedeutung.

Die BAG W fordert daher

- die flächendeckende Einführung von Fachstellen zur Verhinderung von Wohnungsverlusten zu fördern,
- bezahlbaren Wohnraum zu schaffen,
- Maßnahmen, die Menschen in eine existenzsichernde Arbeit bringen, ausreichend zu fördern sowie
- den Zugang zur Gesundheitsversorgung und einen Krankenversicherungsschutz für alle Menschen zu sichern.

Ein Erfahrungsbericht: Wohnschulden, Obdachlosigkeit

„Ein leider trauriges Beispiel für Armut ist der Feuertod meines Nachbarn. Durch Schulden bei unserem Energieversorger hatte man ihm Strom und Gas abgestellt; Strom ersetzte er durch eine selbst gebaute Solaranlage an seinem Schlafzimmerfenster, welche eine Autobatterie speiste, damit konnte er wenigstens Licht machen. Um es jedoch warm zu haben, benutzte er einen Campingheizer mit Gasflasche. Er muss diese unachtsam unter seinen Holztisch gestellt haben und eingeschlafen sein, denn der Tisch fing Feuer und dieses griff auf die Wohnung über, welche danach durch Löschwasser und Brandschaden unbewohnbar war. Der Nachbar kam mit schweren Brandverletzungen in die Uniklinik nach Frankfurt/Main, wo er wenige Tage später verstarb.“

Ein weiteres, ebenfalls krasses Beispiel ist der Kältetod eines mir sehr gut bekannten Obdachlosen in Darmstadt, wir hatten eine Freundschaft aufgebaut. Durch ungebührliches Benehmen war er aus dem Männerwohnheim rausgeflogen; jedoch tat er mir leid und ich nahm daraufhin Kontakt mit einem der Pförtner, der mir noch aus meiner ebenfalls wohnungslosen Zeit und meiner Unterbringung dort bekannt war, auf. Dieser meinte, der Obdachlose könne sofort wieder rein, er müsse nur zum Gesundheitsamt, um einen Tuberkulosestest zu machen. Musste ich auch. Jedoch lehnte der Obdachlose, kurdischer Staatsbürger, aus privaten Gründen ab; man hatte ihn auf seiner Platte bestohlen, alle Papiere waren weg und das Geld für die Neubeschaffung beim Konsulat in Frankfurt/Main hatte er nicht. Er lebte in Darmstadt auf der Straße und ich sehe ihn heute noch weinend vor mir, als ich ihm damals ein halbes Hähnchen bezahlte. Die Fahrkarte von Darmstadt nach Frankfurt und einen Personalausweis hätte ich übernehmen können, aber 450 Euro für alle Papiere war mir leider nicht möglich. Aufgrund seiner fehlenden Papiere konnte er natürlich auch keine Sozialleistungen beantragen und erhielt noch nicht mal den Obdachlosen-Tagessatz von damals 12 Euro. (...) Ich lebte zwar selbst von Hartz-IV-Leistung, aber er tat mir echt leid, und so kaufte ich ihm öfter mal etwas zu essen oder trinken. Als ich damals von seinem Kältetod erfuhr, war ich erstmal geschockt, denn ich war fast täglich bei ihm irgendwo in der Stadt.“



Als Ex-Wohnungsloser hilft Michael Dahmen jetzt anderen Wohnungslosen. Seine Erfahrungen: www.diakonie.de/informieren/infothek/2024/november/als-ex-wohnungsloser-hilft-michael-dahmen-jetzt-anderen-wohnungslosen / © Diakonie Deutschland

8. Armut, Krankheit, Gesundheit

Gesundheit und sozialer Status

Gesundheit und soziale Lage stehen in engem Zusammenhang. Die Lebenserwartung hängt in Deutschland stark vom Einkommen, dem Bildungsstand und der beruflichen Stellung ab. Studienergebnisse des Robert Koch-Instituts (RKI) haben gezeigt, dass Männer des unteren Einkommensviertels im Durchschnitt rund acht Jahre früher sterben als Männer des oberen Einkommensviertels. Bei Frauen beträgt der Unterschied rund vier Jahre.

Armut wirkt sich oft negativ auf die Qualität der Ernährung, die Möglichkeiten zur Regeneration, die Wohnsituation und die medizinische Versorgung aus. Dadurch erhöht Armut das Risiko sowohl für körperliche als auch psychische, insbesondere für chronische Erkrankungen.

Weitere Informationen:

www.armut-und-gesundheit.de/ und www.rki.de/DE/Content/Service/Presse/Pressemitteilungen/2024/02_2024.html
www.rki.de/DE/Content/GesundAZ/S/Sozialer_Status_Ungleichheit/Sozialer_Status_Ungleichheit_node.html

Familien und Gesundheit

Armut und Gesundheit sind innerhalb der Familiensysteme nicht zu trennen. Niemand ist allein arm – und niemand ist allein krank. Sind Mitglieder eines (Familien-)Systems von Armut betroffen, wirkt sich dies unmittelbar auf Angehörige aus. Der Zusammenhang zwischen der Herkunft aus einer armutsgefährdeten Familie und der eigenen Gesundheit zeigt sich bereits in der vorgeburtlichen Entwicklung und frühen Kindheit. Die Einschränkungen in der Lebensführung und der Teilhabemöglichkeiten wirken sich direkt auf die Gesundheit aus. So sind die Gesundheitschancen von Kindern und Jugendlichen aus Familien, die in Armut leben, sowohl im körperlichen als auch psychischen Bereich geringer.

Fachärzt:innen wie Kinder- und Jugendärzt:innen, Psycholog:innen und Psychiater:innen stehen nicht allen Kindern und Jugendlichen im gleichen Maße zur Verfügung. Je nach Versicherungsstatus und Wohnort ist die Versorgung sehr unterschiedlich. Und: Wenn wichtige diagnostische Untersuchungen mit Zuzahlungen für die Versicherten verbunden sind, können nur Menschen in einer soliden Einkommenssituation diese umfangreich in Anspruch nehmen. Der Zugang zu medizinischer Versorgung ist durch das geteilte Krankenversicherungssystem (gesetzlich/privat) für privat Versicherte deutlich besser und schneller.

Armut macht krank

Anhaltende Armutserfahrungen wirken sich auf den gesamten Lebensverlauf aus – neben den Bereichen Bildung und Teilhabe insbesondere auch auf die Gesundheit und die Entstehung chronischer Erkrankungen. Deshalb muss Armutsbekämpfung grundsätzlich system- und SGB-übergreifend erfolgen.

Krankheiten wie Adipositas und Diabetes nehmen bei Jugendlichen aus Haushalten mit niedrigem Einkommen signifikant zu. Schlechte Ernährung – viel Fett und Zucker, wenig Ballaststoffe und Vitamine – sowie mangelnde Bewegung nennen Kinder- und Jugendärzt:innen als Ursachen. Hinzu kommen Konzentrationsschwäche, Essstörungen oder Depressionen; weil die Sorgen wachsen und Perspektiven fehlen.

Die Beträge für Ernährung, die im Regelsatz der Grundsicherung vorgesehen sind, reichen nicht aus, um sich gesund zu ernähren: für Erwachsene und Jugendliche unter 5,50 Euro pro Tag, bei Kindern über sechs Jahren unter 4,50 Euro, bei kleineren Kindern nicht einmal vier Euro. Dies widerspricht den Empfehlungen der „Deutschen Gesellschaft für Ernährung“ (DGV).



Karsten Dunzweiler:
 Von der Straße zur Stimme
 für Reformen
 Lesen Sie seine Geschichte:
[www.diakonie.de/
 informieren/infothek/2024/
 november/standard-titel](http://www.diakonie.de/informieren/infothek/2024/november/standard-titel)
 © Diakonie Deutschland

Das „Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft“ e.V. (FÖS) hat 2021 einen Policy-Brief herausgegeben und dort berechnet, dass Ernährung nach den Standards der DGV 7,15 Euro am Tag kosten würde (ein DGV-Warenkorb in Bio-Qualität wäre entsprechend noch teurer). Diese Berechnung stützt sich auf eine Studie des Öko-Instituts von 2014, das FÖS hatte die Berechnungen 2021 inflationsbereinigt und aktualisiert:

https://foes.de/publikationen/2021/2021-12_FOES_Ernaehrungsarmut_Teil_2.pdf

Das bedeutet: Mit dem Regelsatz von 2024 könnten Leistungsberechtigte nicht einmal den Betrag für Ernährung einsetzen, der 2021 nötig war. Die Inflation ist seit 2021 deutlich weiter gestiegen. Das heißt, die Lücke ist inzwischen wesentlich größer. Eine Gesellschaft kann es sich nicht leisten, dass es jungen Menschen – einer ihrer tragenden Säulen in Gegenwart und Zukunft – nicht gut geht. Sie muss im eigenen Interesse dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche gesund aufwachsen und starke Persönlichkeiten in einer solidarischen Gemeinschaft werden können.

Gesundheitskosten und Armut: Bericht einer Rentnerin („Armut in Schleswig-Holstein“)

„Alles, was mir sonst guttun würde, wird von der Krankenkasse nicht übernommen. Man muss immer dazuzahlen. Die Extra-diagnosen, dass die Augen kaputtgehen, dass die Ohren kaputtgehen, das muss man alles selber zahlen. Das heißt also, Rücklagen in dem Sinne konnte ich mein Leben lang nicht bilden.“

Ökologie und Gesundheit

Umwelteinflüsse wirken sich stark auf die Gesundheit aus. Sie treffen vor allem jene, die sich diesen Einflüssen aus finanziellen Gründen nicht entziehen können. Feinstaub und Lärm belasten in Städten vor allem Quartiere, in denen sich Menschen mit geringem Einkommen die Miete für Wohnungen leisten können. In solchen urbanen Vierteln sind Wohnungen meist klein, wenig energetisch saniert und damit kaum an die Folgen des Klimawandels angepasst.

Unseren Städten fehlen Grünflächen. Dringend erforderlich sind zum Beispiel Maßnahmen für eine bessere Luftqualität: den Individualverkehr reduzieren, elektrischen öffentlichen Nahverkehr ausbauen und mehr urbanes Grün schaffen. Eine ökologisch ausgerichtete Planungspolitik auf kommunaler Ebene sowie bundesweite Rahmengesetze und Förderprogramme können gezielt dort ein gesundes Lebensumfeld fördern, wo finanziell benachteiligte Menschen leben.

Armut endet nicht mit dem Tod – Bericht eines Beraters

„Stirbt ein armer Mensch, stellt sich nicht nur die Frage nach einer würdevollen Bestattung. Angehörige können häufig die Bestattungskosten nicht übernehmen. Das Sozialgesetzbuch XII regelt zwar die Übernahme der Bestattungskosten. Diese Leistung ist oft nicht bekannt und das Antragsprozedere für die Angehörigen schwierig. In der Konsequenz schließen die (oftmals armen) Angehörigen Ratenvereinbarungen mit Bestattungsunternehmen (in Vorpommern hat sogar das Sozialamt dazu motiviert!). Die knappen Mittel für den eigenen Lebensunterhalt werden damit reduziert. Paradoxe Weise können Angehörige mit dem Abschluss eines Ratenzahlungsvertrages beim Bestattungsinstitut eine Notlage selbst verschulden. Ein Anspruch auf ergänzende Sozialleistungen zum Ausgleich besteht nicht. Versicherungsbeiträge als Vorsorge für die Bestattung (Sterbegeldversicherung) werden bei der Bedarfsberechnung nicht berücksichtigt.“

Eine Betroffene spricht:

„Ich habe erst durch den Tod meines Mannes erfahren, was Armut bedeutet. Durch seine lange Krankheit waren unsere Ersparnisse bis auf einen Notgroschen aufgebraucht. Ich wollte ihn trotzdem vernünftig beerdigen, nach so vielen Ehejahren. Das Bestattungsunternehmen bot mir eine Ratenzahlung an, da war ich erst einmal froh. Jetzt muss ich 200 Euro im Monat an Rate zahlen. Das ist eigentlich zu viel für mich und ich habe große Angst, denn alles wird immer teurer.“

Studienergebnisse zu Gesundheitsrisiken und sozialen Folgen von Krankheiten

Überschuldung als Krankheitsrisiko

Krankheit und Suchterkrankungen sind laut „Überschuldungsreport 2024“ des Instituts für Finanzdienstleistungen (IFF) ein wesentlicher Grund für Überschuldung, noch mehr als Arbeitslosigkeit. Jeder fünfte Fall, 18,4 Prozent, beruhte 2023 auf gesundheitlichen Problemen. www.iff-hamburg.de/ueberschuldungsreport-ergebnisse

Frauengesundheit: „Periodenarmut“

Aus einem Bericht des Deutschlandfunks: „Rund 20.000 Euro gibt eine Person im Leben durchschnittlich für die Menstruation aus. Allerdings können sich das längst nicht alle leisten. Manche Menschen können sich nicht mal die absoluten Basics kaufen, also Tampons oder Binden. Sie müssen mit Klopapier oder Stoffresten improvisieren. Periodenarmut oder ‚Period Poverty‘ ist ein weltweites Problem.“

„Besonders stark von Periodenarmut betroffen sind Menschen, die keinen festen Wohnsitz haben und etwa auf der Straße leben. In Berlin bekommen sie deswegen Unterstützung vom Verein ‚Social Period‘. Der Verein arbeitet mit Läden zusammen, in denen man Menstruationsprodukte kaufen und am Ausgang in einer Box abgeben kann. Die Spenden, die so gesammelt werden, werden dann an Obdachlose verteilt. Neben dem Kostenfaktor gibt es auf der Straße aber auch logistische Probleme, erklärt Lena Stangassinger vom Verein ‚Social Period‘, denn nicht überall gibt es saubere, öffentliche Toiletten.“ www.deutschlandfunknova.de/beitrag/periodenarmut-nicht-alle-koennen-sich-binden-tampons-oder-cups-leisten

Gesundheitsrisiko alleinerziehend:

Aus der Gesundheitsberichterstattung des Robert-Koch-Instituts: „Für alleinerziehende Mütter und Väter finden sich bei allen Gesundheitsindikatoren höhere Prävalenzen als für in Partnerhaushalten lebende Eltern. Auch nach Adjustierung bleiben die Unterschiede zwischen den Familienformen bestehen. Die Gesundheit alleinerziehender Mütter variiert zudem teils mit Einkommen, Erwerbsstatus und sozialer Unterstützung.“ www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsJ/Focus/JHealthMonit_2024_03_Gesundheit_Alleinerziehender.pdf?__blob=publicationFile

Alleinerziehende haben zusätzlichen Stress, der psychisch krank machen kann, berichtet das Max-Planck-Institut: „Die Ergebnisse für alle Frauen, die sich getrennt hatten, zeigten, dass bei denjenigen, die alleinerziehende Mütter wurden, die Einnahme von Antidepressiva zum Zeitpunkt der Trennung deutlich anstieg und nach der Trennung nur mäßig zurückging. Dies zeigt, dass Alleinerziehende zusätzlichem Stress ausgesetzt sind.“

www.demogr.mpg.de/de/news_events_6123/news_pressemitteilungen_4630/presse/mentale_gesundheit_von_alleinerziehenden_muuettern_deshalb_sind_lebensverlaeuft_und_der_spaetere_partnerschaftsstatus_wichtig_11341

Die Nationale Armutskonferenz schlägt vor

- Gesundheitsförderung muss den besonderen Bedürfnissen sozial benachteiligter Menschen entsprechend konzipiert und strukturiert werden. **Stichwort: lebensraumorientierte Gesundheitsangebote**, neueste Untersuchungen dazu vom Gesundheitswissenschaftler Thomas Gerlinger, 2024, www.boeckler.de/data/wsimit_2024_03_gerlinger.pdf
- Gesundheitsförderung und Prävention sind zu stark mittelschichtorientiert, der Setting- und Lebenskontext der Betroffenen müssen stärker berücksichtigt werden; auch die „Komm-Struktur“ der meisten Präventionsangebote stellt eine Zugangsbarriere dar.
- Nötig sind mehr niedrigschwellig angelegte medizinische **Versorgungsangebote vor Ort** – in sozialen Brennpunkten, in Wohnquartieren, aber auch zum Beispiel im Jobcenter.
- **Clearingstellen ausgestattet mit Behandlungsfonds** müssen ausgebaut werden.
- **Zusatzbeiträge und finanzielle Eigenleistungen** (Medikamentenzuzahlungen, Kosten zur Brillenanschaffung und so weiter) müssen für Patient:innen, die soziale Transferleistungen erhalten, abgeschafft werden.
- Informationen zu Gesundheitsleistungen **müssen allgemein verständlich und gut zugänglich sein**; die Erstattungsmöglichkeiten der Krankenkassen (in verschiedenen Sprachen und in „einfacher“ Sprache) müssen transparenter sein.
- Für erkrankte Patient:innen muss ein bundesweiter **Dolmetscherdienst** implementiert werden.
- Die **Gesundheitserziehung** von Kindern in Schule und Kindergarten muss ausgebaut werden (Einführung eines Schul-faches „Gesundheit“).
- Es braucht mehr Angebote der Gesundheitserziehung für (sozial) benachteiligte Elternteile (zum Beispiel alleinerziehende oder arbeitslose Eltern); Stichwort „Triple P“ (Positiv Parenting Program): www.familienhandbuch.de/unterstuetzungsangebote/bildungsangebote/triplepeinpraev.php
- **Impfscreeninguntersuchungen** in der Schule müssen wieder eingeführt werden, gekoppelt mit einer Informationsveranstaltung für die Eltern – als eine originäre Aufgabe des Öffentlichen Gesundheitsdienstes.
- Im Sinne der Frühförderung sollte es **Screening-Untersuchungen** in Kindertagesstätten geben: www.aok.de/gp/fileadmin/user_upload/Heilmittel/Fruhefoerderung/hh_heil_iff_mantelvertrag_diagnostik_anl07.pdf



Wir spielen uns auf gegen Armut – Aktion und Konzert auf dem Treffen der Menschen mit Armutserfahrung

© Benjamin Sauer / Diakonie Deutschland

- **Der Zugang zum Kinderarzt oder der Kinderärztin muss kostenfrei möglich sein.** Denn ein Arztbesuch ist für die meisten Kinder und deren Eltern mit Kosten verbunden: Zwar müssen keine Zuzahlungen erstattet werden, aber allein die Fahrt zur Praxis – zum Beispiel durch die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel – kostet Geld. Schnell können für Hin- und Rückfahrt für das Kind sowie die Begleitperson zehn Euro und mehr an Fahrtkosten anfallen, was für Bezieher:innen von Transferleistungen nicht aufzubringen ist. Arme Familien und deren Kinder wohnen häufig in strukturschwachen Stadtteilen, die eine geringere Arzt- und speziell Facharztdichte aufweisen. Längere Anfahrtswege sind somit keine Seltenheit.
- Die **Selbsthilfe-Ressourcen** und die Eigeninitiative betroffener Familien müssen gestärkt werden.
- **Kurzzeit-Kinderbetreuungsmöglichkeiten** bei notwendigen Arztbesuchen der Eltern oder Geschwister müssen etabliert werden.
- Das **Budget von sozialen Transferleistungen**, die insbesondere Kinder betreffen, muss erhöht werden. Das derzeitige Budget erlaubt keine gesunde Ernährung (siehe oben!).
- Für **Gesundheitsberufe** (Ärzt:innen, Krankenpflegekräfte, Altenpfleger:innen, Hebammen) muss eine **Ausbildungsinitiative** gestartet werden.
- Es darf **keine weiteren Schließungen von Krankenhäusern** geben, insbesondere im ländlichen Bereich.

9. Strukturen gegen Armut

Ein individueller materieller Ausgleich reicht nicht, um Armut zu überwinden. Nötig sind Strukturen, in denen sich die Menschen mit Armutserfahrung beteiligen und Teilhabe erfahren können. Wer Geld bekommt, um schwimmen zu lernen, kann das nicht ohne ein Schwimmbad in erreichbarer Nähe. Ein Gutschein für die Musikschule ist ohne freie Plätze in der Musikschule nichts wert. Ein kostenloses ÖPNV-Ticket hilft nicht, wenn kein Bus fährt.

Gute Lebensbedingungen für alle

Sozialer Ausgleich und gute Lebensbedingungen für alle Menschen hängen von der Verwirklichung einer flächendeckenden **sozialen Infrastruktur** ab, die alle wesentlichen und grundlegenden Lebensbedürfnisse abdeckt und Bereiche wie Bildung, Energie, Gesundheitsvorsorge, Sport, Bibliotheken et cetera umfasst.

Menschen mit hohem Einkommen können sich eine bessere Daseinsvorsorge und Freizeitgestaltung leisten. Menschen mit geringem Einkommen fehlt diese Möglichkeit, wenn im öffentlichen Schwimmbad die Temperatur heruntergedreht oder die Bibliothek geschlossen wird – Menschen mit höheren Einkommen können in privatwirtschaftliche Wellnessbäder ausweichen und sich Bücher oder digitale Angebote kaufen.

Kostenfreie oder kostengünstige öffentliche Angebote können unkompliziert einen sozialen Ausgleich für Menschen mit niedrigem Einkommen schaffen. Personen und Haushalte mit hohem Einkommen nutzen oft weiterhin teure private Angebote – selbst, wenn öffentliche Angebote vorhanden sind. Diese müssen über den steuerlichen Ausgleich verlässlich finanziert werden. Weder ein Schwimmbad noch eine Bibliothek lassen sich auf der Basis von Gutscheinen und Bedürftigkeitsprüfungen wirtschaftlich betreiben.

Beratung nach Qualitätsstandards

Beratung ist ein eigenständiges Konzept sozialer Hilfe von Menschen für Menschen. Armutsbetroffene erleben jedoch immer wieder Diskriminierung in Beratungen, in denen ihre gesellschaftliche Benachteiligung ignoriert wird. So kann es leicht passieren, dass sie mit Vorwürfen konfrontiert werden („Sie sind selbst schuld an Ihrer Lage!“) und die Umsetzung vorgegebener Lösungen erwartet wird, die in ihrer Lebenswelt jedoch nicht realisierbar sind („Sie müssen doch nur ...!“). Das kann die bestehende Problemlage verfestigen und zu neuen Vorwürfen führen („Sie sind nicht bereit, sich zu ändern!“).

Zielführender und langfristiger wirksam ist eine verbindliche ganzheitliche Beratung für Menschen, die von Armut betroffen sind. Dabei geht es nicht nur darum, Erwerbstätigkeit im Gefüge verschiedener Lebensbereiche zu fördern; sie berücksichtigt auch Wechselwirkungen und aktiviert systemübergreifende Hilfen – zum Beispiel aus dem Gesundheitswesen, der Eingliederungshilfe und der Jugendhilfe.

Eine systemische Beratung, die diesen fachlichen Standards entspricht, soll die Wahrnehmungs- und Handlungsmöglichkeiten des Betroffenen erweitern. Sie pflegt einen respektvollen Dialog auf Augenhöhe mit dem einzelnen Menschen. Sie beachtet den Lebenskontext der Person und respektiert sowie aktiviert deren Ressourcen und Autonomie. Ziel ist, die Selbstständigkeit und Eigenmacht der Menschen zu stärken. Eine ganzheitliche Beratung im Kontext von Armut achtet das Leid im Alltag der Person, ist lösungsorientiert und vermittelt den Menschen die Hoffnung darauf, ihre Lebenssituation zu verbessern. Sie hilft Betroffenen, die Verantwortung für ihre Situation realistisch einzuschätzen, Scham zu überwinden, Hilfen anzunehmen und selbstwirksam aktiv zu werden.

Menschen, die von Armut betroffen sind, brauchen einen Anspruch auf ganzheitliche Lebensberatung nach verbindlich festgelegten Qualitätsstandards.

Anforderungen an ein verlässliches und wirksames Sozialsystem

- Der Auf- und Ausbau der sozialen Infrastruktur muss konsequent vorangetrieben werden. Eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung der Einrichtungen, Dienste und Angebote im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, der Wohnungsnotfall- und Obdachlosenhilfe, für Rentner:innen und erwerbsgeminderte Personen ist unabdingbar.
- Das Bildungssystem braucht Strukturreformen, um den starken Zusammenhang von (sozialer) Herkunft und Bildungserfolg endlich aufzulösen und für mehr Durchlässigkeit in der Gesellschaft zu sorgen.
- Löhne müssen armutsfest sein und mit der Preisentwicklung Schritt halten. Die letzte Erhöhung des Mindestlohns glich nicht einmal die Inflation aus. Deshalb muss der Mindestlohn dringend deutlich angehoben werden.
- Die Daseinsvorsorge des Staates muss derart gestaltet werden, dass Prävention und Gesundheitsversorgung sozialräumlich und digital erreichbar sind.
- Jeder Mensch soll ein verwirklichtes Recht haben, in Würde und mit ausreichendem Lebensstandard alt zu werden.
- Das Bürgergeld muss den tatsächlichen Lebenshaltungskosten entsprechen und den Lebenswirklichkeiten von Kindern, Jugendlichen, Rentner:innen, Alleinerziehenden, Kranken und behinderten Menschen gerecht werden.
- Bürgerräte mit Beteiligung von Armutserfahrenen und Menschen mit Behinderung werden von vielen Menschen als Ergänzung zu den bisherigen politischen Strukturen wahrgenommen.



*Gisela Breuhaus setzt sich für einen wirksamen Sozialstaat ein
© Benjamin Sauer /
Diakonie Deutschland*

10. Beteiligung statt Ohnmacht

Menschen mit Armutserfahrung sind, wie eingangs dargestellt, in demokratischen Mitwirkungs- und Entscheidungsprozessen unterrepräsentiert. Neue Elemente der demokratischen Mitwirkung müssen sozialen Kriterien entsprechen und Personen eine Mitgestaltungschance geben, die sozial benachteiligt werden, geringe Einkommen haben oder in Armut leben. Entscheidend ist, ob die noch mehr beteiligt werden, die bisher schon eingebunden waren – oder ob sich mehr von denen beteiligen, die bisher kaum Möglichkeiten dazu hatten.

Positionspapier der nak zu Beteiligung: www.nationale-armutskonferenz.de/2022/06/15/positionspapier-partizipation-von-menschen-mit-armutserfahrung/

Expertise aus NRW zur Selbstvertretung in der Armutsbekämpfung: <https://soz-kult.hs-duesseldorf.de/personen/gille>

Für den Anspruch, Armut zu bekämpfen und soziale Beteiligung für alle Menschen zu ermöglichen, ist die Frage nach dem „guten Leben“ von zentraler Bedeutung. Es geht nicht nur darum, Maßnahmen für Leistungsbeziehende zu entwickeln, sondern Stadt- und Sozialplanung, Klimaschutz und Umverteilung als gemeinsames Vorhaben und Anliegen zu begreifen. Dadurch kann einem deklassierenden, diskriminierenden Weltbild, das sich gegen „die Armen und Arbeitslosen“ richtet, entgegengewirkt werden. Statt sie zur Seite zu schieben, wird Menschen etwas zugetraut, so dass sie sich entwickeln können. Es darf kein „Beteiligungs-Theater“ mit unverbindlichen Schlussfolgerungen geben, sondern das in neuen Beteiligungsverfahren Erarbeitete muss umgesetzt werden.

Demokratie ist lebendig, wenn sie auf jeder Ebene wachsen und sich weiterentwickeln kann. Mitbestimmung muss in jedem Fall selbstverständlich sein. Verwaltungen dürfen nicht im Hintergrund dominieren und Entscheidungen qua vermeintlicher Fachlichkeit faktisch vorgeben. Auch in Sozialleistungsbehörden wie dem Jobcenter und dem Sozialamt sowie bei sozialpolitischen Maßnahmen wie zum Beispiel dem sozialen Arbeitsmarkt muss Mitbestimmung selbstverständlich werden. Die Aufklärung über Missstände, Perspektiven der Weiterentwicklung und Rechtsumsetzung sowie Optimierungs- und Verbesserungspotenziale sind unverzichtbare Beteiligungsthemen. Damit neue Beteiligungsformen funktionieren, müssen die entsprechenden Räume, Ressourcen und Teilhabeinstrumente bereitstehen. Dazu gehört auch, Beteiligungsformate im Rahmen der Medienöffentlichkeit zu erleichtern und zu fördern. Beteiligung ist entscheidend für unsere Demokratie. Demokratie und Konflikt gehören zusammen; nötig ist daher eine engagierte demokratische Streit- und Debattenkultur, die auch Menschen mit wenig Einkommen und Ressourcen offensteht.



Politische Diskussionen auf dem Treffen der Menschen mit Armutserfahrung 2024
© Benjamin Sauer / Diakonie Deutschland

Expert:inneninterviews zum Schattenbericht

Begleitend zur Erarbeitung des Schattenberichtes hat die „Fachgruppe Armut und System“ der „Deutschen Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie“ (DGSF e.V.) Expert:inneninterviews geführt, die den Bericht ergänzen und veranschaulichen.

Marcel Fratzscher, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung



Marcel Fratzscher ist Präsident des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ (DIW Berlin) und Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zuvor hat er unter anderem über zehn Jahre für die Europäische Zentralbank gearbeitet. Er ist der Verfasser zahlreicher Bücher, unter anderem „Verteilungskampf“ (2016) und zuletzt „Geld oder Leben. Wie unser irrationales Verhältnis zum Geld die Gesellschaft spaltet“. Das Interview wurde im Mai 2024 geführt und erscheint in einer gekürzten Version. Weitere Informationen: www.diw.de

Fachgruppe Armut und System (FG): Sie setzen sich für eine gerechtere Besteuerung ein, für mehr soziale Teilhabe sowie Chancengleichheit und verweisen in Büchern auf eine problematische Entwicklung in Deutschland. Woher rührt Ihre Motivation, sich mit diesen Themen zu beschäftigen? Was treibt Sie an?

Marcel Fratzscher: Ich verstehe mich als Wissenschaftler, der einen Auftrag hat, mit seiner Wissenschaft relevant für die Gesellschaft zu sein. Uns in den Wirtschaftswissenschaften geht es ja nicht um Unternehmen oder Geld oder Produktivität per se, sondern letztlich geht es immer um die Frage: Was ist ein gutes Leben, was ist Wohlstand, was ist Glück, wieso gibt es wirtschaftliches Handeln? Was soll das Ziel davon sein? Wie verbinde ich das? Wir müssen realisieren: Es gibt viele Menschen, die nicht die gleichen Chancen haben wie andere. Was mich motiviert, ist eben sehr stark das, was in einer Demokratie, in einer sozialen Marktwirtschaft essenziell ist: das Thema Freiheit und Chancengleichheit für alle. Alle müssen die gleichen Freiheiten haben, und deshalb ist dieses Thema „Chancen“, letztlich auch soziale Teilhabe, das dazugehört, für mich so wichtig.

FG: Resultiert daraus Ihre Idee, in den Medien präsent zu sein und eine breite Öffentlichkeit anzusprechen?

Fratzscher: Ich verstehe meine Aufgabe als Wissenschaftler so, die öffentlichen Debatten und Diskurse zu informieren, nicht zu beeinflussen. Meine Aufgabe als Wissenschaftler ist nicht per se eine Seite zu beziehen, sondern zu sagen, das sind die Zahlen, das sind die Fakten, die wir kennen, und das sind auch Lösungsmöglichkeiten, um dieses oder jenes Ziel zu erreichen, wenn das gewünscht ist. Gerade in Zeiten von „alternativen Fakten“, Populismus und verzerrten sozialen Medien, in denen viele in ihrer eigenen Blase leben, halte ich es für umso wichtiger, dass die Wissenschaft sich in diese Diskurse einbringt und Verantwortung übernimmt.

FG: Die Mittelschicht wird ja gerne als Rückgrat der Gesellschaft beschrieben. Welche Ressourcen liegen aus Ihrer Sicht in dieser Mittelschicht?

Fratzscher: Wenn die Mittelschicht schrumpft und immer mehr Menschen entweder nach unten oder nach oben abdriften, haben wir immer weniger gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und weniger gesellschaftlicher Zusammenhalt heißt weniger Solidarität miteinander. Das heißt mehr Streit. Das heißt, Lösungen zu wichtigen Problemen wie Klimaschutz, digitale Infrastruktur oder Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur müssen gefunden werden, auch in der gesetzlichen Rente oder Absicherung gegen Arbeitslosigkeit. Diese Dinge werden immer schwerer verhandelbar, wenn jeder das Gefühl hat, mit den Menschen habe ich nichts zu tun, die interessieren mich nicht, mit denen identifiziere ich mich nicht, ich gucke nur auf mich. Deshalb ist die Mittelschicht so wichtig, weil sie im Prinzip der Kitt einer Gesellschaft ist und sagt: Wir haben Gemeinsamkeiten, wir haben gemeinsame Interessen, bei aller Vielfalt, bei allen Unterschieden.

FG: Also gehen Sie davon aus, dass, wenn die Mittelschicht schrumpft, die Unterschiedlichkeit ein Problem ist und dann keine Lösungen mehr überlegt werden können, weil die Pole so weit auseinandergehen?

Fratzscher: Wenn die Pole zu weit auseinandergehen, heißt es, dass immer mehr Menschen keine soziale Teilhabe haben, keine wirkliche Interaktion mit anderen Menschen, keine Gemeinsamkeit. Aber wenn die Polarisierung so groß ist, dann wird Andersartigkeit vielmals als etwas Negatives wahrgenommen, und in dieser Situation sind wir heute. Es hat natür-

lich nicht nur eine gesellschaftliche, soziale Komponente und eine wirtschaftliche Komponente, sondern auch eine politische. Eine Demokratie kann nicht funktionieren, wenn eine Gesellschaft zu gespalten ist. Wir sehen das bei Menschen, die in Armut leben, die keine soziale Teilhabe haben. Die haben auch keine politische Teilhabe, die haben keine Stimme. Die gehen nicht zu den Wahlen; das heißt auch, die Politik setzt sich nicht für sie ein, und dann kommen wir in solche Debatten, die wir heute haben.

FG: Was bedeutet es dann aber für die wirtschaftliche Situation, wenn Menschen ihre Ressourcen und Fähigkeiten nicht einbringen können?

Fratzscher: Mir ist es immer ganz wichtig zu betonen, dass ein starker Sozialstaat, ein hohes Maß an Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt die Grundvoraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg sind; und das ist die Idee der sozialen Marktwirtschaft. Ein Markt, eine Volkswirtschaft kann nur dann wirtschaftlich Wohlstand schaffen, wenn es Chancengleichheit gibt, wenn jeder Mensch idealerweise die gleichen Möglichkeiten hat, sich einzubringen, seine eigenen Talente und Fähigkeiten zu nutzen. Dass wir so eine geringe Chancengleichheit im Bildungssystem in Deutschland haben, ist nicht nur sozial und politisch, sondern auch wirtschaftlich ein Problem, weil das ganz konkret heißt, dass ganz viele Kinder und Jugendliche heute ihre Potenziale nicht entwickeln können, weil staatliche Institutionen versagen.

FG: In einer Kolumne hatten Sie erwähnt, Kapitalismus sei nicht das Problem. In vielen emanzipatorischen Gruppen ist eine Kapitalismuskritik ein wichtiger Standpunkt. Was ist Ihre Idee davon, wie Kapitalismus bei der Bewältigung von Krisen, wie zum Beispiel der Klimakrise, nützlich sein könnte?

Fratzscher: Ich glaube, häufig liegen wir gar nicht so weit auseinander. Aber wir müssen erst mal definieren: Was bedeutet denn eigentlich Marktwirtschaft und was Kapitalismus? Der Staat setzt die Spielregeln, aber innerhalb dieser Spielregeln kann jeder Dinge tun und ausprobieren, und es besteht ein Wettbewerb für die besten Ideen. Die Systemkritik geht häufig dahin, dass Exzesse stattfinden, dass massive Zerstörung von Klima und Umwelt stattfindet und Unternehmen das einfach machen und sagen: Es interessiert uns doch nicht, dass da jetzt nochmal CO2 ausgestoßen wird, Ressourcen aufgebraucht werden oder Umweltzerstörung stattfindet. Das Problem ist nicht der Markt, sondern das Problem ist, dass der Staat diese Spielregeln nicht richtig setzt. Jetzt positiv ausgedrückt: Wenn man sich überlegt, was wir brauchen, um Klimaschutz zu schaffen, um die Transformation, auch Wohlstand zu schaffen für möglichst viele Menschen – dafür ist der Markt super, weil er letztlich sagt, wir wollen die besten Ideen.

FG: Sie haben in Ihren Büchern verschiedene Zukunftsideen beschrieben. Wenn wir jetzt mal auf soziale Teilhabe schauen, auf eine gerechte und faire Verteilung von Chancen und finanziellen Ressourcen, welche Zukunft wünschen Sie sich für Deutschland?

Fratzscher: Ich wünsche mir eine Zukunft, die erst einmal überhaupt bedeutet, dass die Menschheit in 100 und 200 Jahren noch existiert. Erster Punkt: Lebensgrundlage sichern heißt Klimaschutz, Umweltschutz, natürlich auch geopolitischer Frieden. Dann als nächsten Schritt würde ich mir wünschen, dass Deutschland eine Verantwortung weltweit übernimmt. Das tun wir häufig. Wir nehmen Geflüchtete auf, das finde ich gut. Dass wir Solidarität nicht nur national definieren, sondern auch global, gehört für mich dazu. Wenn ich jetzt auf Deutschland blicke, wie wir als Gesellschaft leben wollen, geht es für mich sehr stark um Freiheit und Eigenverantwortung. Da geht es um Chancengleichheit, und die fängt mit dem ersten Tag nach der Geburt an. Die wichtigsten Entscheidungen in Bezug auf Chancengleichheit werden im Leben häufig in den ersten sechs Jahren, in der frühkindlichen Zeit gesetzt. Da ist Deutschland wirklich schlecht, wir haben eine sehr geringe Chancengleichheit in der Kindheit und Jugend. Das hat natürlich eine gesundheitliche Komponente, es hat eine Bildungskomponente. Es beinhaltet eine Perspektive, dass man als Erwachsener frei entscheiden kann, dass man ausreichend Möglichkeiten hat, durch Arbeit ein unabhängiges, auch finanziell unabhängiges Leben führen zu können. Und das Thema Solidarität, soziale Teilhabe. Wir wissen, Gesellschaften sind deutlich besser darin, große Herausforderung, große Krisen zu bewerkstelligen, wenn sie ein hohes Maß an gesellschaftlichen Zusammenhalt und Solidarität haben; und ich glaube, da sind wir Europäer gut. Und wir haben es in der Vergangenheit, glaube ich, auch mal deutlich besser gemacht.

FG: Sie hatten die wichtige Zeit in der Kindheit/Jugend angesprochen. Was denken Sie, wo müsste man da konkret ansetzen?

Fratzscher: Zwei Dinge. Erstens: die Familie. Sie ist das Allerwichtigste in den ersten sechs Jahren. Mutter und Vater oder Eltern, Familie, das Umfeld, dass sie gesund sind, dass sie Zeit haben für ihre Kinder, dass sie die Möglichkeit haben, ma-

teriell wie auch emotional, sich um die Kinder zu kümmern und ihnen das mitzugeben, was notwendig ist – Liebe, Nähe, Vertrauen. Und das zweite ist natürlich frühkindliche Bildung. Auch da sehen wir in der wissenschaftlichen Forschung, wie wichtig es ist, Teil einer Gruppe zu sein, soziales Verhalten zu lernen.

FG: Ein Gedankenspiel: Nehmen wir mal an, ich käme in Berlin am Bahnhof an und würde aussteigen, und diese Wunschzukunft, die Sie gemalt haben, wäre tatsächlich Realität geworden. Woran würde ich es als erstes merken?

Fratzscher: Das würde ich als erstes merken, indem ich keine Menschen sehe, die Flaschen sammeln, die obdachlos oder drogenabhängig sind, die unter der Brücke übernachten. Wir realisieren nicht, wie viele Menschen in Armut, in Verzweiflung, mit großen gesundheitlichen Problemen leben. Auch wenn ich so viel Zug fahre, dass man sagt, irgendwann hat man sich wahrscheinlich daran gewöhnt. Aber ich will mich nicht daran gewöhnen, dass es dieses Bild in einem wahn-sinnig reichen Land gibt. Und das führt mir immer wieder vor Augen, dass wir in mancher Perspektive als Gesellschaft versagen.

FG: Wenn wir uns eine Skala vorstellen, auf der eine Zehn bedeutet, wir hätten tatsächlich diese Zukunft erreicht, eine Eins wäre der weit entfernteste Punkt. Wo sind wir gerade auf der Skala?

Fratzscher: Global würde ich sagen, sind wir bei der Vier, in Deutschland sind wir bei der Sechs; also man kann sagen, das Glas ist halb voll oder halb leer. Bei aller Kritik möchte ich auch betonen: Wir sollten uns bewusst sein, wie privilegiert wir in Deutschland sind, dass wir eben nicht bei der Vier, sondern bei der Sechs oder vielleicht bei der Sieben sind. Wir sind also schon deutlich privilegierter als 95 Prozent der anderen Länder und Menschen in der Welt.

FG: Wenn wir uns auf Deutschland fokussieren, dann wären wir ungefähr bei einer Sechs in einer privilegierten Situation. Ist es für Sie denkbar, dass wir uns der Zehn annähern oder gar die Zehn erreichen?

Fratzscher: Eine Zehn ist nicht erreichbar, sonst wären wir keine Menschen, sonst wären wir Maschinen, und das wäre auch wieder nicht gut. Aber ja, annähern sollten wir uns unbedingt. Ich denke schon, dass eine Acht oder eine Neun möglich und noch viel Spielraum nach oben ist. Vielleicht waren wir auch schon mal bei der Sieben und sind wieder ein Stück zurück. Wenn ich mir das Thema Klimaschutz, Umweltschutz anschau – mit Sicherheit sind diese Probleme heute ein Vielfaches höher als sie vielleicht noch vor 40, 50 Jahren waren. Wenn ich die geopolitischen Konflikte anschau, das ist auch bedrohlich. Auf der anderen Seite, wenn ich mir zum Beispiel China angucke, wie viele Menschen sie aus der Armut gebracht haben, muss man auch sagen: Es gibt in manchen Teilen der Welt riesigen Fortschritt. Aber wir müssen aufpassen, dass wir nicht weiter zurück rutschen.

FG: Wir hören heraus, es ist auch Zuversicht da, dass es sich in eine gute Richtung entwickeln könnte. Was macht Sie zuversichtlich oder was könnte uns zuversichtlich machen?

Fratzscher: Was mich zuversichtlich macht, ist, dass wir dort sind, wo wir heute sind: dass wir einen unglaublichen materiellen Wohlstand haben, dass wir eine hohe Lebenserwartung haben, dass wir ein gutes Gesundheitssystem und eigentlich für so viele Herausforderungen die Lösung haben. Wir wenden sie nicht immer an, nicht immer werden alle Menschen mitgenommen – das ist ein Problem. Aber wir haben immer wieder große Krisen und Herausforderungen gelöst, gerade wir in Deutschland, wenn man unsere eigene Geschichte anguckt. Es ist bemerkenswert, was auch in den letzten 80 Jahren geleistet wurde, und das sollte uns Grund zum Optimismus geben. Wir sollten natürlich die Probleme verstehen, aber wir sollten auch die Stärken besser nutzen, die es uns in der Vergangenheit immer wieder möglich gemacht haben, große Herausforderungen erfolgreich zu bewerkstelligen. Übrigens gehört dazu auch die Wiedervereinigung. Auch wenn viele sich mehr gewünscht hätten, gar keine Frage, aber wenn man mal sehr objektiv draufschaut, ist das schon eine gigantische Leistung, die vor allem Menschen in Ostdeutschland erbracht haben.

FG: Was könnte das größte Hindernis sein, wieder zurück auf die Sieben zu kommen?

Fratzscher: Erstens unsere Arroganz und Überheblichkeit als Deutsche, dass wir glauben, wir können das alles besser. Wir brauchen eigentlich gar nicht den Rest der Welt oder den Rest Europas. Das ist ein riesiges Problem, denn alles, worüber wir jetzt gesprochen haben – Klimaschutz, Umweltschutz, geopolitische Konflikte, Migration, Ressourcen, technologischer Wandel –, sind globale Herausforderungen, die wir nicht national lösen können. Wir brauchen mehr Kooperation mit den anderen Ländern, mit den anderen Nationen, vor allem in Europa, aber auch global. Das ist das erste. Das zweite, was sicherlich problematisch ist: Wir müssen uns mehr zu einer offenen Gesellschaft entwickeln. Wie ist das mit der Willkommenskultur in Deutschland? Wenn ich internationale wissenschaftliche Studien vergleiche, dann sind wir eines

der Schlusslichter. Wenn man sich dann die Diskussion über Leitkultur anhört, dieses Denken, Integration ist Assimilation, also dieses ganz enge Bild von dem, was es heißt, Deutsche:r zu sein und in Deutschland willkommen zu sein, das funktioniert nicht! Das ist einfach weltfremd und kontraproduktiv. Wir sind eine vielfältige Gesellschaft, schon heute. Es gibt ganz unterschiedliche Lebensentwürfe. Was Glück, Lebenszufriedenheit und Erfüllung bedeuten, das ist so unterschiedlich über Menschen hinweg. Wir müssen diese Vielfalt viel stärker als etwas Positives erkennen und mehr Wertschätzung für sie aufbringen. Und solange wir das nicht tun, wird es schwierig sein, diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schaffen.

FG: Was können Einzelne tun, damit sich unser Land in diese Richtung entwickelt?

Fratzscher: Ja, es funktioniert nur, wenn jede:r Einzelne sich engagiert. Wir haben manchmal diese völlig verquere Vorstellung von Demokratie. Die Politik soll „da oben“ mal das machen, was richtig ist, und wir gucken dann alle vier, fünf Jahre, ob uns das gefällt oder nicht. Das funktioniert natürlich nicht. Letztlich müssen wir als Bürgerinnen und Bürger selbst individuell in unserem Umfeld Verantwortung übernehmen. Das kann Verantwortung für die eigene Familie sein. Genauso wichtig ist es, Verantwortung für andere zu übernehmen, sich gesellschaftlich oder ehrenamtlich zu engagieren in Vereinen, in Verbänden, für Menschen, die Solidarität benötigen. Und Solidarität kann man nicht verordnen von oben. Das muss gelebt werden, und deshalb ist es auch eine Stärke, dass wir sehr viele Vereine, sehr viele Ehrenamtliche in Deutschland haben. Ich würde mir wünschen, dass sich da mehr Menschen engagieren. Ich würde mir wünschen, dass auch die Menschen, die extrem privilegiert sind, die viel Vermögen, viel Einkommen, viele materielle Möglichkeiten haben, sich stärker einbringen, auch finanziell. Zu sagen, ich zahle eine Menge Steuern, damit habe ich meinen Teil getan – damit haben wir keine solidarische Gesellschaft.

FG: Sie haben den deutschen Sozialstaat im Vergleich zu nordischen Ländern eher als „deaktivierend“ beschrieben. Was ist darunter zu verstehen?

Fratzscher: Es ist wichtig, dass wir einen starken Sozialstaat haben. Aber zu viele der Sozialsysteme greifen erst dann, wenn ein Schaden entstanden ist, wenn Menschen krank geworden sind, wenn sie arbeitslos geworden sind, wenn sie soziale Probleme haben. Das ist der passive Sozialstaat. Der agiert oder reagiert erst, wenn es eigentlich schon zu spät ist. Und ein proaktiver Sozialstaat ist einer, der viel des Schadens zu verhindern versucht, indem er sagt: Okay, hier ist ein Problem bei der Qualifizierung. Wie kann ich Menschen so fit machen, dass sie in Arbeit bleiben können, dass sie die Arbeit tun können, die sie erfüllt und als gut empfinden? Das Gleiche gilt bei der Gesundheit: also viel mehr Vorsorge, viel mehr überlegen, was tut Menschen gut, was brauchen sie? Nehmen wir das Thema psychische Gesundheit. Bei jungen Menschen wissen wir, wie stark das Problem nach der Covid-Pandemie angestiegen ist, und dass die allermeisten Teenager bis in ihre 20er, nicht die Unterstützung erhalten, die sie brauchen. Hier entsteht ein großer Schaden, den sie nie wieder reparieren können. Da würde ich mir wünschen, dass ein Sozialstaat vorsorgend ist, sofort oder sogar vorbeugend agiert, um diesen Schaden zu vermeiden.

FG: Herzlichen Dank für das Gespräch.

Fratzscher: Ich danke Ihnen.

Das Interview führten Anne Gemeinhardt und Lars Wiebke von der Fachgruppe Armut und System der DGSF e.V.

Aktive aus der Erwerbsloseninitiative „BASTA!“

„BASTA!“ ist eine Erwerbsloseninitiative aus Berlin. Sie berät über 1.000 Menschen im Jahr und begleitet Hilfesuchende zum Jobcenter und zum Sozialgericht. BASTA! bezeichnet sich selbst als ein „langfristiges politisches Projekt für eine bessere Welt“. Das Interview wurde im Juli 2024 schriftlich geführt und leicht gekürzt.

Weitere Informationen: <https://bastaberlin.de>

Fachgruppe Armut und System (FG): Wie gestaltet ihr eure Arbeit? Was ist euch dabei wichtig?

Unsere Beratung ist offen, denn jede:r kann kommen. Wir schicken in der Regel keine Person fort. Aber wir sind natürlich immer zu wenige, die beraten und begleiten. Wir haben auch nur den einen Raum, es ist alles etwas eng bei uns. Wir sagen, was wir wissen und was wir nicht wissen. Wir empfehlen Leuten weitere Beratungsstellen, die mehr Ahnung haben,

zum Beispiel im Aufenthaltsrecht. Was wichtig ist für die Ratsuchenden, ist für uns wichtig, es ist ihr Ding, die Prioritäten zu setzen. Vertrauen aufbauen ist uns wichtig, das geht aber nur analog. Wie sich Leute aus unserer Gruppe einbringen, ist unterschiedlich. Manche putzen, versenden Faxe, manche beraten, manche bieten interne Schulungen an, manche halten Kontakt zu anderen Gruppen, manche genießen die Geselligkeit. Keine:r muss ihre oder seine Lebensrealität verleugnen und jede:r trägt auf die eigene Art zum Gelingen der Beratung und anderer Aktivitäten bei.

FG: Wieso ist es wichtig, dass ihr Menschen im Jobcenter begleitet, und wie verändert sich die Situation durch eure Anwesenheit?

Angst und Ohnmacht lösen sich auf, weil Du nicht allein bist. Du hörst nicht allein die Lügen und den Dilettantismus der Sachbearbeiter:innen, es gibt jemanden, der das auch hört. Begleiter:innen können Mobbing unterbinden. Nach dem Termin können sich Begleiter:in und Begleitete austauschen. Nach dem Behördentermin kann im Nachgang reflektiert werden. Ein Protokoll ist deswegen sinnvoll und nachträglich ist es hilfreich, die Gesprächsnotiz des Jobcenters einzufordern. Das, was im Behördentext steht, unterscheidet sich oft sehr deutlich vom tatsächlichen Gesprächsinhalt. Mit Begleiter:innen lernst Du, deine Interessen zu vertreten, Du lernst, den Raum zu verlassen, wenn Mobbing und Diffamierung unerträglich werden. Du lernst, dass Solidarität hilft.

FG: Woran erkennt ihr, dass eure Arbeit einen Unterschied macht? Wo stoßt ihr an eure Grenzen?

Die Menschen, die zu uns kommen, lernen, nicht alles einfach nur zu ertragen, sondern sich zu wehren. Sie lernen Akte des Eigensinns und der Widerständigkeit. Jede:r nach ihren oder seinen Fähigkeiten, jede:r nach den eigenen Möglichkeiten, das ist uns wichtig. Durch die offene Beratung mit vielen unterschiedlichen Personen im Raum wird erfahrbar, dass die Existenzsicherung keine individuelle Auseinandersetzung ist, wie das irrational und ideologisch im Kapitalismus immer wieder erzählt wird.

FG: Welche Forderung habt ihr an Politik und Gesellschaft? Welche Themen und Aspekte müssen eurer Meinung nach in der breiten Öffentlichkeit sichtbarer werden?

Dass Armut zu staatlichen Repressionen und Verfolgung, Bettelverboten, Überschuldung und (Gefängnis-)Strafen führt, das muss sofort aufhören. Dafür braucht es ein breites gesellschaftliches Bündnis. Sämtliche Wohnheime gehören umgehend geschlossen und jede Person braucht eine bezahlbare Wohnung. Ohne festen Wohnsitz in Berlin sollten sich alle anmelden können, nicht nur die mit deutschem Pass. Es braucht die Bewegungsfreiheit für arme Leute. Dagegen verstoßen Residenzpflicht oder Meldeauflagen. Jede Lohnarbeit muss sozialversichert werden und darf nicht den Mindestlohn unterschreiten, auch nicht im Knast und in den Werkstätten. Wichtig sind Verbindungen zu sehr unterschiedlichen emanzipatorischen Gruppen. Untertanentugenden, Mitleidlosigkeit, Gleichgültigkeit und das nach-unten-und-zur-Seite-Treten gilt es zu verlernen, um Ausbeutung und Ausgrenzung den Kampf ansagen zu können.

FG: In einem Interview mit „reprogerechtigkeit.de“ erwähnt eine Vertreterin von BASTA!, dass zwar Protestformen gegen ungerechte Verhältnisse existierten, aber voneinander isoliert sind. Erlebt ihr das immer noch so?

Es fehlt jegliche Solidarität von den organisierten Teilen der lohnarbeitenden Bevölkerung, die eine gewisse Sicherheit haben (egal ob Dienstleistung oder Fabrik). Gewerkschaften und anders organisierte Lohnarbeitende werden aktiv gegen das Drücken ihrer Lebensverhältnisse, sie verteidigen ihren trügerischen Wohlstand. In Gang ist ein Prozess, den erreichten Lebensstandard zu drücken (siehe die Entwicklung der Renten und des Rentenalters, Antasten des Streikrechts). Da mit Arbeitslosen oder Menschen, die anderweitig behindert werden, kein Profit zu generieren ist, sind wir Teil der Ausgestoßenen. Wir werden von Behörden unter Kontrolle gehalten, und für eine mehr oder minder zufriedene Mehrheit in der Gesellschaft ist das überhaupt kein Problem. Diese sind so in die Verhältnisse verstrickt, dass sie unterstützen, wenn vorhandene Zugeständnisse wie weniger scharfe Sanktionen Schritt für Schritt einkassiert werden. Aber auch innerhalb einer radikaleren Linken ist die Solidarität kaum ausgeprägt. All das isoliert.

FG: Wie steht ihr zu staatlich organisierter Beratung oder Beratung freier Träger? Braucht es aus eurer Sicht solche Angebote überhaupt?

Wer wären wir, wenn wir die wenige Hilfe, die es gibt, ablehnen würden. Das Problem mit den staatlichen Trägern sind ihre Auftraggeber:innen. Wir haben schon öfter Leute zu Trägern „freier Hilfe“ geschickt und dort Personen mit Mitgefühl und ohne paternalistischen Habitus angetroffen.

FG: Wenn wir morgen in einer (aus eurer Sicht) besseren Welt bezüglich sozialer/ökonomischer Gerechtigkeit und Teilhabe aufwachen würden, wie würde diese aussehen? Woran würdet ihr merken, dass die Veränderung eingetreten ist? Auf einer Skala von eins bis zehn – wobei eine Zehn dafür steht, dass eure Zukunftsvision erreicht ist, und eine Eins dafür steht, dass es noch einer weiter Weg bis zum Ziel ist –, wo stehen wir heute? Was stimmt euch zuversichtlich für eine positive Veränderung?

Auf der Skala wählen wir eine Zwei, wir leben noch nicht im Faschismus. Eine positive Veränderung war das 9-Euro-Ticket. Noch besser wäre ein 0-Euro-Ticket, europaweit für alle Personen nutzbar. Hindernisse sind das Wiedererstarken der faschistischen Bewegungen und die Verelendung insbesondere der Wohnungslosen und Erwerbslosen. Auch in der Weimarer Zeit haben nicht alle die faschistische Bewegung ernst genommen. Man sollte diese Putschisten und Monarchisten um „Prinz Reuß“ ernst nehmen. Was bedeutet die AfD für Erwerbslose? Fragen ernsthaft stellen und beantworten und antifaschistische Bündnisse schaffen. Wir sind pessimistisch, aber wir streiten weiter. Uns ist wichtig, dass Gesellschaften geschaffen werden, die eine vernünftige Existenzsicherung aller Menschen ermöglichen, ohne ausbeuterische Klassenverhältnisse. Dafür braucht es Einfluss auf die Produktionsbedingungen, Abläufe und Verteilung, was und wie produziert wird. Die Folgen der Produktion müssen Bestandteil der Überlegungen sein, damit die Verwüstungen aufhören. Es braucht eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Weltweit hungern 730 Millionen und noch mehr sind mangelernährt. Wir leben also in einer permanenten Ausnahmesituation.

Das Interview führten Anne Gemeinhardt und Lars Wiebke von der Fachgruppe Armut und System der DGSF e.V. Wir bedanken uns für den Beitrag von „BASTA!“.

Project.Shelter

Bei „Project.Shelter“ arbeiten Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationsgeschichte auf basisdemokratische Weise unter anderem daran, die Rechte obdachloser Migrant:innen und Geflüchteter in Frankfurt/Main zu erkämpfen beziehungsweise zu schützen und die Erfüllung ihrer Bedürfnisse zu garantieren. Dazu gehört vor allem die Vermittlung von Wohnraum. Das Projekt bezeichnet sich selbst als Teil einer politischen Bewegung, die sich für mehr Solidarität und Teilhabe für alle Stadtbewohner:innen einsetzt. Das Interview wurde im Juli 2024 auf Englisch geführt und erscheint in einer gekürzten Version. *Weitere Informationen:* <https://projectshelterde.noblogs.org>

Fachgruppe Armut und System (FG): Könnt ihr uns etwas über euer Projekt, über eure Arbeit und eure Ziele erzählen?

Osman: Unser Projekt heißt „Project.Shelter“. Wir versuchen, die Kluft zwischen Obdachlosigkeit und den institutionellen Mechanismen, die Menschen obdachlos machen, zu überbrücken. Unsere Arbeit besteht darin, Menschen, die institutionell obdachlos geworden sind, einen Schlafplatz zu bieten. Unser Projekt begann im Jahr 2014. Menschen schliefen in Frankfurt unter einer sehr großen Brücke und wurden in eine Kirche gebracht. Dort trafen sie sich mit einigen Studierenden und wir versuchten, Schlafplätze zu organisieren, indem wir Plätze in den Privatwohnungen der Leute anboten. Unsere Hauptidee ist es, einen Ort zu haben, an dem Menschen wohnen, sich offiziell melden und dann nach Arbeit suchen können. Dann können sie woanders hinziehen und wir nehmen andere Menschen auf. Seit etwa zwei Jahren haben wir ein Objekt, in dem wir im Rahmen unserer Kapazitäten eine Unterkunft anbieten können.

Maria: Ich bin mir nicht sicher, ob vielen Leuten klar ist, dass dies ein Teufelskreis ist: Obwohl man theoretisch eine Arbeitserlaubnis hat, ist man nicht in der Lage, einen Job zu bekommen, da man weder eine Wohnung noch eine Meldeadresse hat. Gleichzeitig ist man nicht in der Lage, eine Adresse oder eine Wohnung zu bekommen, weil man keine Arbeit und kein Einkommen hat. Daran versuchen wir zu arbeiten. Da wir eine selbstorganisierte solidarische Gruppe sind, versuchen wir auch, uns gegenseitig zu unterstützen. Neben dem Thema Wohnen beschäftigen wir uns auch mit Arbeitsbedingungen. Wenn Menschen ausgebeutet werden oder ein Jahr lang in einem Job verbleiben müssen, um einen besseren legalen Status oder eine längere Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten, berührt das wiederum andere Aspekte unserer Arbeit.

FG: Wie finanziert ihr eure Arbeit?

Maria: Dabei gibt es verschiedene Aspekte. Wir haben einen gemeinnützigen Verein („turn the corner“) gegründet, um Stiftungsgelder zu bekommen. Es ist immer ein Kampf. Bei uns sind Leute, die einen bezahlten Job haben, um Beratung zu machen oder Aufgaben zu erledigen, die zu viel für reines Ehrenamt sind. Es ist trotzdem nicht genug. Das meiste Geld,

das wir erwirtschaften, geht in das Gehalt der Leute. Wir machen viele Kochaktionen, zu denen Leute kommen und spenden können. Wir versuchen, einige Veranstaltungen zu machen. In Frankfurt sind wir gut bekannt und manchmal spenden die Leute. Manchmal veranstalten andere Gruppen „Solipartys“ oder ähnliches und teilen ihre Spenden mit uns. Wir sind immer auf der Suche nach Möglichkeiten, Geld zu verdienen, weil wir nie viel Geld haben.

Osman: Wir haben auch eine Cafeteria, die wir donnerstags und freitags öffnen, und die Leute kommen und trinken Kaffee. Das ist alles auf einer solidarischen Basis. Das ist die finanzielle Grundlage, mit der wir Menschen unterstützen, die kein Geld haben, um ihre Papiere fertigzustellen und Arbeit zu finden. Auch Menschen, die Probleme mit der Unterkunft haben, unterstützen wir damit. Die Erneuerung von Pässen und all diese Dinge stehen in direktem Zusammenhang mit Arbeitsplätzen, und wir unterstützen das finanziell.

FG: Wir organisiert ihr eure Zusammenarbeit?

Osman: Als Project.Shelter haben wir jeden Donnerstag um 18:30 Uhr ein Treffen. Dort sammeln wir Themen und sprechen darüber, was wir machen werden und was wir gemacht haben.

Maria: Das Plenum donnerstags hat eine hohe Bedeutung. Die Leute nehmen die Entscheidungen oder Aufgaben aus dem Plenum mit nach Hause. Jedes Gruppenmitglied hat Zugang zu den E-Mails und erledigt seine eigenen Aufgaben.

FG: Wie viele arbeiten zurzeit in eurem Projekt?

Maria: Im Plenum sind wir im Moment vielleicht 30. Ich glaube, wir haben unseren Höhepunkt erreicht, nachdem wir während COVID-19 eine sehr kleine Gruppe und kein Haus hatten. Die Leute, die im Moment im Haus wohnen, werden gebeten, zum Plenum zu kommen. Außerdem haben wir ein großes Netzwerk von Personen, die früher aktiv waren oder sich mehr um die Unterkünfte gekümmert haben. Manchmal, wenn sie Schwierigkeiten haben, tauchen sie plötzlich wieder im Plenum auf, nachdem wir sie zwei Jahre lang nicht gesehen haben.

Osman: Früher schwankten die Zahlen, manchmal sind wir mehr, mal weniger. Vor ein paar Jahren widmeten einige Leute zum Beispiel ihre gesamte Zeit dem Project.Shelter. Jetzt müssen sie die Zeit nachholen und wieder studieren oder sie fangen an zu arbeiten. Das bedeutet nicht unbedingt, dass sie nicht mehr mitmachen. Sie sind vielleicht nicht aktiv, aber sie sind in Kontakt und machen Hintergrundarbeit für das Projekt.

FG: Wie hat sich eure Arbeit während des Lockdowns, während der Corona-Pandemie im Allgemeinen verändert?

Maria: Das waren wirklich schlechte Zeiten. Die Plenen fanden online statt, es war sehr anstrengend und frustrierend. Jede:r hat nur mit einem halben Ohr zugehört. Frankfurt hat sich sehr schlecht um die Obdachlosen gekümmert. Man hat sich nicht wirklich für diese strukturellen Probleme interessiert. Außerdem wurden viele Prozesse wegen COVID gestoppt. Wir haben versucht zu arbeiten, aber die Leute konnten nicht mehr persönlich zur Beratung kommen. Es gab weniger Kontakt zu ihnen, oder man war weniger in der Lage, diesen zwischenmenschlichen Kontakt zu haben und sich oft zu treffen – aber davon lebt unsere Arbeit. Außerdem waren die Menschen auch weniger bereit, Fremde aufzunehmen.

Osman: Natürlich hat sich dadurch auch die Armut der Menschen im Rahmen von Project.Shelter verschärft. Die meisten von uns arbeiteten bereits in sehr prekären Situationen. Als COVID-19 anfang, wurden die Leute einfach rausgeschmissen, ohne etwas zu haben. Wir mussten einen Weg finden, damit umzugehen. Das war sehr anstrengend.

FG: Das Ziel des Schattenberichts ist es, wichtige Themen sichtbar zu machen. Was wäre eurer Meinung nach das Wichtigste?

Osman: Es gibt institutionelle Wege, mit denen der Staat Menschen unter die Armutsgrenze bringen kann. Die meisten Mitglieder des Project.Shelter kommen aus anderen EU-Ländern. Wir haben uns dort aufgehalten, dort gearbeitet und haben eine unbefristete Arbeitserlaubnis. Mit dieser können wir hier in Deutschland arbeiten und leben. Wenn man ohne eine unbefristete Arbeitserlaubnis hierher kommt, dann verlangt die Ausländerbehörde, dass man gleichzeitig eine Arbeitserlaubnis und eine Meldeadresse mitbringen muss. Niemand in Deutschland wird dir sein Haus vermieten, wenn du keine Arbeit hast. Niemand wird dir Arbeit geben, wenn du keine Wohnadresse hast. Das ist so ein Gesetz, das von der deutschen Regierung geschaffen wurde, um Menschen ohne Grund leiden zu lassen.

Wie sollen Menschen in den Arbeitsmarkt integriert werden? Menschen werden automatisch arm gemacht oder dem Arbeitsmarkt entzogen. Das bringt die Menschen automatisch an die Armutsgrenze. Es gibt Menschen oder Familien in Ghana, Nigeria oder anderswo, die auf uns hier angewiesen sind. Dies ist eines der Gesetze, das wir auf jeder Plattform hervorheben wollen, um der Öffentlichkeit zu zeigen, dass dieses Gesetz Menschen in die Armut zwingt.

Maria: Hinzu kommt, dass geprüft wird, ob es eine:n andere:n Deutsche:n gibt, der oder die die Arbeit machen könnte.

Deswegen bekommt man sehr prekäre Jobs in Hotels, Restaurants oder Krankenhäusern. Was ich vorhin versucht habe zu erwähnen, ist, dass die Leute in der Regel in Unternehmen hängen bleiben, die sehr schlechte Arbeitsbedingungen bieten. Sie wissen, dass du von ihnen abhängig bist, sie beuten dich aus und geben dir keinen Urlaub. Wenn du dich wehrst, machen sie dich einfach fertig und du verlierst deinen Job, auf den du angewiesen bist. Für die meisten Menschen ist es wichtig, einen legalen Status zu bekommen und ein bisschen mehr Sicherheit zu haben, um hierbleiben zu können. Um nicht von der Abschiebung bedroht zu sein oder die meisten Rechte zu verlieren, muss man mindestens zwölf Monate in einem Job bleiben, ohne den Arbeitsplatz zu wechseln oder rausgeworfen zu werden. Das bringt sie in eine sehr verletzte Position, denn die Unternehmen wissen das. Sie wissen, dass sie Grenzen überschreiten können.

Jetzt wurde die Geldkarte eingeführt. Die Familien vieler Migrant:innen sind stark von dem Geld ihrer Familienmitglieder abhängig, das diese von ihrem Lohn abzweigen und regelmäßig schicken. Das geschieht zum Teil auch mit den ohnehin sehr knapp bemessenen Sozialleistungen. Die Einführung einer Geldkarte stellt dahingehend und auch in vielerlei anderer Hinsicht einen großen Einschnitt in die eigene Selbstbestimmung dar. Allerdings sind viele unserer Mitglieder gerade in anderen Stadien des Asylverfahrens und nicht unmittelbar davon betroffen.

FG: Auf der Suche nach Informationen über das Projekt sind wir auf viele Berichte zu Hausbesetzungen um 2015/2016 gestoßen. Wie ist die aktuelle Situation? Wir haben es so verstanden, dass ihr jetzt Unterkünfte zur Verfügung habt.

Osman: Wir haben einige Häuser besetzt. Die Idee war, alte Häuser zu nutzen. Wenn man nach Frankfurt kommt, gibt es eine Menge Häuser, die seit zehn oder 15 Jahren leer stehen und die niemand nutzt. Einige gehören dem Staat, andere sind privat. Unsere Art der Hausbesetzung macht zu 100 Prozent Sinn, um Häuser zu übernehmen, die nicht genutzt werden. Leider können wir in den meisten Häusern, die wir entdecken, nicht lange bleiben. Wir werden rausgeworfen. Dieses Haus, das wir jetzt haben, soll einer der Träume sein, der verwirklicht worden ist. Es hat aber auch keine Perspektive. Die Stadt will das Haus loswerden.

Maria: Ich denke, das Interessante an dem Haus, das wir jetzt haben, ist, dass es auch das Ergebnis einer Hausbesetzung war, aber nicht unserer Hausbesetzung. Das ist eine andere Gruppe von jungen Aktivist:innen, die auch all diese leeren Gebäude und ungenutzten Wohnräume sichtbar machen wollten und die dieses Haus besetzt haben. Wir haben wirklich Glück gehabt, weil die Besitzverhältnisse sehr unklar waren. Sie wussten, dass es in Frankfurt zwei Gruppen gibt, die sich mit Menschen beschäftigen, die Schwierigkeiten haben, Wohnraum zu finden, oder die sich mit benachteiligten Menschen beschäftigen. Menschen, die die soziale Ungerechtigkeit besonders zu spüren bekommen. Sie boten diesen beiden Gruppen an, hineinzugehen und ihnen zu helfen, das Problem zu lösen. Ich glaube, es lag an den neuen politischen Parteien oder der neuen Koalition im Frankfurter Stadtparlament. Shelter wurde in diesem Planungsverfahren für die kommende Periode erwähnt. Das war ein großer Schritt für uns, nachdem wir jahrelang mit der Stadt gesprochen hatten und nichts passierte. Wir hatten ein Haus und wir waren im Nutzungsvertrag. Es wäre schlecht für die Politik oder die Presse gewesen, wenn sie uns wieder rausgeschmissen hätten. Ich glaube, sie standen unter Druck, uns eine Alternative zu bieten. Das Haus, in dem wir wohnten, wurde abgerissen, weil dort eine Schule gebaut werden soll. Sie mussten eine Alternative für die 40 Menschen finden, die in diesem Haus lebten. Sie boten uns dieses große Gelände an, das früher Gelände der Stadtreinigung war. Wir sind dorthin gezogen. Project.Shelter verwaltet eines der Häuser auf dem Gelände und organisiert dort die Schlafplätze.

FG: Wir haben uns gefragt, woher ihr die Kraft oder die Motivation und die Hoffnung für die langwierige Arbeit an eurem Projekt nehmt?

Osman: Ich persönlich weiß es nicht. Die gesamte Struktur von Project.Shelter basiert auf Solidarität. Ich würde sagen, dass unsere Stärke und unsere Motivation aus den Solidaritätsstrukturen kommen, die wir aufgebaut haben. Auch die Vernetzung, die wir hier in Frankfurt und darüber hinaus haben, ist es, was uns meiner Meinung nach antreibt.

Maria: Es wäre eine Lüge zu behaupten, dass wir nicht regelmäßig sehr frustriert, erschöpft oder wütend sind. Natürlich kommen die Leute nicht zusammen, weil sie diese eine linke Idee von der solidarischen Stadt teilen, sondern weil die Menschen in ihrer Lebenssituation verzweifelt sind, und das kollidiert manchmal. Letztendlich sind wir eine Gruppe und wir arbeiten zusammen. Ich denke, dass wir uns auch aus diesem Gemeinschaftsaspekt heraus mögen, auch wenn wir nicht immer die gleichen Meinungen oder Ansichten haben. Was viele Leute antreibt, ist die Tatsache, dass, wenn wir die Arbeit nicht machen, niemand anderes sie machen wird. Es gibt auch schöne Momente bei Veranstaltungen, die einem auch wieder Motivation und Kraft geben. Du siehst, es ist gut gelaufen. Das war richtig cool. Ich will mehr davon machen. Ich glaube, es sind oft auch die kleinen Erfolge.

FG: Wenn ihr morgen in einer gerechteren Welt aufwachen würdet, was wäre dann anders in dieser Welt?

Osman: Für mich persönlich hat die Frage der Armut nicht erst gestern begonnen. Sie hat ihre eigene Geschichte. Wenn wir die Frage stellen wollen, wie wir die Armut bekämpfen oder bewältigen können, dann ist das ein sehr weiter und sehr langer Weg. Die meisten Menschen aus dem Project.Shelter, die in Deutschland unter die Armutsgrenze fallen, kommen aus Ghana. Die Geschichte des Landes und die Geschichte der Verwaltungsstrukturen des Staates haben all diese Strukturen geschaffen, in denen die Menschen das Gefühl haben, dass sie in diesem Land nicht überleben können. Sie müssen in ein anderes Land auswandern. Wenn man sich nicht mit den Strukturen beschäftigt, die die Armut in einem Land wie Ghana hervorbringen, werden wir immer Fragen stellen und nie richtige Antworten bekommen. Wie wir arme Menschen schaffen, die nach Europa kommen, um die Scheißarbeit zu verrichten. Um auf deine Frage zurückzukommen: Wenn ich in einer gerechten Welt aufwache, nun, um ehrlich zu sein, möchte jeder Mensch in einer würdigen Situation leben. Jeder braucht Respekt. Jeder möchte anerkannt werden. Wenn ich aufwachen würde, würde ich mich anerkannt fühlen wollen. Ich möchte, dass du mich anerkannt. Verstehst du, was ich meine? Ich möchte, dass du mich anerkannt, aber so, wie ich anerkannt werden will, und nicht so, wie du es willst. Das würde sehr gerecht sein.

FG: Kannst du das näher erläutern? Wie würdest du anerkannt werden wollen?

Osman: Ich möchte so mit all meinen Voraussetzungen, die ich mitbringe, anerkannt werden. Zum Beispiel damit, dass ich in Ghana aufgewachsen bin, Zugang zu Bildung und Gesundheitsfürsorge hatte. Und dass ich dann nach Deutschland reisen und hier als Wissenschaftler arbeiten kann, genau wie du. Du würdest mich ganz anders sehen. Wenn wir uns unterhalten, kannst du nicht auf mich herabsehen. Ich werde auch nicht auf mich herabschauen. Jetzt ist es so, dass ich mich in einer Position befinde, in der ich auf mich herabschaue, damit mich jemand überhaupt erkennt. Das ist die Welt, in der ich nicht leben möchte. Leider ist das die Welt, in der ich im Moment lebe.

Maria: Ich glaube auch, dass viele der Ungerechtigkeiten sehr tief in der Geschichte und in Strukturen verwurzelt sind. Viele der Ungleichheiten, mit denen wir zu tun haben, sind Ergebnisse des Kolonialismus und der Ungleichheiten zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden sowie rassistische Strukturen, die aus der Geschichte resultieren. Sie sind so tief in unserem System verankert, dass – um in einer gerechten Welt zu leben – sich alles ändern müsste. Man kann nicht nur eine Sache ändern. Man muss die Welt revolutionieren, damit sich alles ändert. Die Ungleichheit hat sich meiner Meinung nach in fast jedem Aspekt des Lebens festgesetzt, besonders jetzt. Natürlich könnte man sich für eine Wohnung für alle einsetzen. Aber was ist dann mit der Arbeit? Was ist mit unseren sozialen Beziehungen? Wie behandeln wir uns gegenseitig? Wie halten wir Beziehungen aufrecht? Was ist mit den globalen Ungleichheiten? Der globale Norden hat kein Interesse daran, dies zu ändern, denn wir profitieren von globalisierten Arbeitsketten.

Osman: Nur ein kurzes Beispiel: Vor ein paar Jahren gab es in Ghana ein Unternehmen, das Tomatenmark herstellte. Dieses Unternehmen wurde geschlossen und nach Italien verlegt. Wisst ihr was? Die Ghanaer reisen durch die Wüste, fahren durch Libyen und dann zum Mittelmeer. Die Überlebenden werden nach Italien, Lampedusa, gebracht, arbeiten dann wieder für das Unternehmen in Süditalien und die Ausbeutung dort ist massiv.

Maria: Man muss es aus der Sicht des Wirtschaftssystems betrachten, in dem wir leben. Der Kapitalismus ist darauf ausgelegt, Verlierer und Gewinner zu produzieren. Ohne arme Menschen würde er nicht funktionieren.

FG: Warum braucht es neben den staatlichen Unterstützungsangeboten das Project.Shelter?

Maria: Um es noch einmal zu betonen: Ich denke, dass ein großer Teil der Armut von Migrant:innen politisch gewollt ist und auf zutiefst rassistische Strukturen zurückzuführen ist. Die Menschen fallen durch die Strukturen oder die Strukturen sind nicht für sie gemacht. Außerdem ist man, sobald man nicht die richtigen Papiere hat, sozusagen illegal. Es gibt keine Strukturen in Deutschland, die dir helfen, weil du kein Recht hast, hier zu sein. Oft wenden sich auch offizielle Einrichtungen an uns, weil sie keine Möglichkeiten mehr haben. Sie wissen nicht, was sie mit den Menschen machen sollen, weil sie keine Kapazitäten mehr haben.

Osman: Selbst die Stadt Frankfurt erkennt unsere Arbeit nicht an. Auch vorher hat man geleugnet, dass Obdachlosigkeit hier in Frankfurt ein Problem ist. Ich glaube, die machen einfach die Augen zu und lassen die Probleme sich selbst lösen. So würde ich das sagen. Die Tatsache, dass sie geleugnet haben, dass es das Problem gibt, zeigt, dass es ihnen egal ist.

FG: Vielen Dank für eure Zeit und eure Informationen.

Maria und Osman: Wir danken euch auch.

Das Interview führten Anne Gemeinhardt und Lars Wiebke von der Fachgruppe Armut und System der DGSF e.V.

Impressum

Herausgeber:

Nationale Armutskonferenz
c/o Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e.V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

nak Nationale Armutskonferenz
Mitglied im Europäischen Armutsnetzwerk EAPN



Mitglieder der Schreibgruppe:

Renate Antonie Krause, Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V.; Michael Dahmen, Selbstvertretung Wohnungsloser; Jürgen Schneider, Armutsnetzwerk e.V.; Wilhelm Toepsch, VAMV e.V. LV NRW; Monja Ben Messaoud, Armut verbindet; Michael Stiefel, Diakonie; Lars Wiebke, DGFS; Karsten Schade, BGE-Saar; Katharina Alborea, EBET e.V.; Karsten Dunzweiler, Armutsnetzwerk e.V.; Kay Raasch, Orga-Gruppe Treffen der Menschen mit Armutserfahrung; Peter Marx, Landesarmutskonferenz Sachsen-Anhalt; Hilde Rektorschek BV Kulturloge; Erika Biehn, Verband Alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV); Gisela Breuhaus, Mobil mit Behinderung (MMB e.V.); Michael David, Diakonie; Volker Hertenstein, Landesarmutskonferenz MV; Prof. Dr. Gerhard Trabert, Armut und Gesundheit; Stephanie Raptarchis, Internationaler Bund; Martin Kositzka, BAG Wohnungslosenhilfe.

Die Mitglieder der Schreibgruppe sind für die Inhalte politisch verantwortlich.

Die Interviews mit Prof. Marcel Fratzscher, „BASTA!“ und „Project.Shelter“ führten Anne Gemeinhardt und Lars Wiebke durch (Fachgruppe Armut und System / Deutsche Gesellschaft für systemische Therapie, Beratung und Familientherapie DGST e.V.)

Über die Nationale Armutskonferenz:

Die Nationale Armutskonferenz (nak) ist ein Bündnis von Organisationen, Verbänden und Initiativen, die sich für eine aktive Politik der Armutsbekämpfung einsetzen. Sie wurde im Herbst 1991 als deutsche Sektion des Europäischen Armutsnetzwerks EAPN (European Anti Poverty Network) gegründet. In der nak wirken Verbände sowie Menschen mit Armutserfahrung beziehungsweise Selbsthilfeorganisationen mit, die ihre Erfahrungen und Perspektiven einbringen und ihre Lösungsansätze im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung aufzeigen.

Eine Liste der Mitgliedsorganisationen findet sich unter

www.nationale-armutskonferenz.de/ueber-uns/mitgliedsorganisationen

Die Diakonie Deutschland unterstützt den Schattenbericht redaktionell und finanziell. Die Veröffentlichung erfolgt presserechtlich durch die Diakonie Deutschland.

Ansprechpartner:

Michael David
Zentrumsleitung Soziales und Beteiligung
Diakonie Deutschland
armutskonferenz@diakonie.de

Diakonie 
Deutschland

Redaktion: Sarah Spitzer, Diakonie

Layout: Maike Brink, Bremen

Titelbild: © Benjamin Sauer / Diakonie Deutschland

Druck: SV Druck + Medien, Balingen

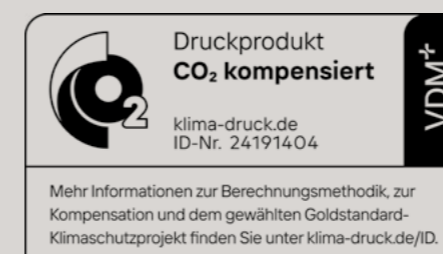
Stand: Januar 2025

Artikelnummer: 616301205

Bestellungen: shop.diakonie.de, bestellungen@diakonie.de



Gedruckt auf Recyclingpapier.





Hauseingang - Leerstand in Berlin. © Monja Ben Messaoud / Armut verbindet